

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1.50 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.
Verlagskonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 5. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verleumdungs- und Verleumdungsbekämpfungen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, Spalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Die Breslauer politische Polizei vor den Geschworenen.

Vor dem Breslauer Schwurgericht hat am Freitag und Sonnabend der Prozeß gegen unseren Bezirkssekretär Eugen Scheper, der, um den Gehunden der demokratisch-republikanischen Polizei zu entgehen, sich des Namens Josef Klein bediente, stattgefunden. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch, begangen durch eine angeblich verbotene Demonstration zu Weihnachten 1920. Die Verhandlung hat mit aller Deutlichkeit ergeben, daß nicht die Person des Genossen Klein allein, sondern die Kommunistische Partei und ihr Kampf gegen die konterrevolutionären Militärorganisationen, sowie gegen die mit diesen zusammenarbeitende Breslauer Polizei, verurteilt werden sollte. Die Verhandlung, die mit einem riesigen Aufgebot von Zeugen geführt wurde, hat mit erschreckender Deutlichkeit in den Sumpf geleuchtet, in dem insbesondere die politische Polizei des Breslauer Polizeipräsidenten sich bewegt. Nicht nur, daß das Haupt der politischen Polizei, der seiner Dienste für die reaktionären Parteien und Mörderorganisationen unzweifelhaft überführte Kriminalkommissar Loh mit den brutalsten und gemeinsten Mitteln alle führenden Kommunisten ins Gefängnis brachte; derselbe Loh hat mit zynischer Offenheit zugegeben, daß er Agenten bezahle, die ihm Nachrichten bringen über die amtliche Tätigkeit des Oberpräsidenten Zimmer und der anderen sozialdemokratischen Beamten. Diese Vespiegelung ging so weit, daß sich auf Grund der Zeugenausagen die Verteidigung veranlaßt sieht, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag zu stellen gegen Loh und Komplizen wegen Anstiftung zum Raub von Dokumenten, begangen im Juli an dem Nachrichtenchef beim Oberpräsidenten im D-Zuge Breslau-Berlin.

Um die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Klein und somit gegen die Kommunistische Partei zu verstehen, muß man sich kurz die politischen Verhältnisse in den ersten Monaten dieses Jahres vor Augen halten.

In Schlesien besonders hatte sich der Herd der Reaktion in der Orgelei gefammelt. Die oberösterreichischen Verhältnisse und die von den Nationalisten befürworteten, in Wahrheit von ihnen selbst herbeigeführten Aufstände der polnisch sprechenden Bevölkerung in Oberschlesien veranlaßten diese, in Schlesien die militärischen Selbstschutzverbände zu bilden. Es ergab sich, daß diese Militärorganisationen nicht nur gegen die Verfassung und die Bestimmungen des Friedensvertrages verstießen, sondern daß die Führer dieser Verbände und verschiedene Kadets derselben offen gegen die Republik und vor allem gegen die Arbeiter zu kämpfen gewillt waren. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung, einschließlich der Sozialdemokraten, diesem Treiben ziemlich wohlwollend gegenüber standen, so deshalb, weil sie durch die allgemeine nationalistische Preßkampagne der Meinung waren, daß es zur Erhaltung Oberschlesiens keinen anderen Weg gäbe. Aber auch diese Kreise wandten sich ab, als der wahre Zweck der konterrevolutionären, monarchistischen Nordbuben offenkundig wurde.

Der Kampf der Kommunisten in Schlesien ging nicht nur gegen die den Arbeitern nicht die Existenz ermöglichende kapitalistische Gesellschaft, sondern mit aller Schärfe gegen dieses nationalistische Treiben. In der Presse, in öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen warnen wir das Proletariat eindringlich vor der Gefahr der monarchistischen Restauration. Bei der engen Verbindung der Breslauer Polizei mit der Reaktion, die mit aller Deutlichkeit in dem Prozeß festgestellt wurde, war es selbstverständlich, daß die Polizei nicht ankämpfte gegen die Hochverräter von rechts, sondern daß sie gegen die konsequenten Kommunisten Front machte und gegen sie Landfriedensbruch, Hochverrat und Aufstellung sogenannter Roter Armeen konstruierte. Bei der Geistesverfassung der „republikanischen“ Staatsanwälte ist es nicht verwunderlich, daß die Anklagebehörde völlig auf die durch elende Lügen gefüllte Spitze, Erpressungen und schamlosen Fälschungen der gefundenen Dokumente zusammengestellten Angaben der Polizei einging.

Die Anklage gegen den Genossen Klein war so tendenziös zusammengestellt, und der Verlauf der Verhandlung ergab, daß die Weihnachtdemonstration der KPD und die dabei verbotene Demonstration nur der Auftakt war zu der Verfolgung der Kommunisten. Die Verhaftung des Genossen Klein ist ja erst am 10. März erfolgt. Die Verhaftung der circa 60 Kommunisten in ganz Schlesien erfolgte erst im Anschluß an die Polizeirevue in Mitteldeutschland. Die Weihnachtdemonstration gab keinen Anlaß zum Einschreiten; dies wurde mit aller

Deutlichkeit vor dem Schwurgericht festgestellt. Selbst der famose Polizeipräsident Liebermann, der bei der Demonstration dabei war, mußte unter Eid bekunden, daß zunächst nicht aufgefördert wurde zu Gewalttätigkeiten, und daß das Demonstrationsverbot zu spät kam, um den Massen dies mitzuteilen und den Zug aufzuhalten. Der darauf erfolgte, durch die Polizei bewußt herbeigeführte Zusammenstoß war der Grund für den Polizeipräsidenten, grundsätzlich jede kommunistische Demonstration zu verbieten, war der Anlaß für die politische Polizei in aggressivster Form gegen die Kommunisten vorzugehen.

Mit den verbrecherischen Mitteln, durch Bestechung und Erpressung wurde versucht, die Tätigkeit der Kommunisten unzulässig. Bombenattentate, Sprengung von Bankgebäuden und Eisenbahnstassen wurden zum Teil von der Polizei von gekauften Elementen hervor-

gerufen und den Kommunisten zur Last gelegt. Indem man die Listen der Funktionäre in der Provinz beschlagnahmte, indem man Rundschreiben verfälschte, tendenziös auslegte, konstruierte man eine Rote Armee, die den Zweck verfolgte, in Schlesien zum Herbst 1921 die Räterepublik auszurufen. In Verfolg dieser Angelegenheit verhaftete der berühmte Kriminalkommissar Loh, dessen freches, brutales Auftreten, und dessen ägerrische, widersprechenden Aussagen vor Gericht festgestellt wurden, 60 Kommunisten und verschaffte ihnen über 400 Monate unschuldig verbüßter Unterdrückungshaft.

Außer zwei Redakteuren, die wegen Preßvergehen vor dem Ausnahmegericht verurteilt wurden, mußten alle bis auf acht entlassen werden. Die anderen acht Genossen, unter ihnen auch Genosse Klein, sitzen noch heute als „Organisatoren der Roten Armee“, auf Befehl des Reichsgerichtes, obwohl selbst der Untersuchungsrichter der Ver-

Der Angeklagte als Ankläger!

Die Rede des Genossen Klein vor den Geschworenen.

Meine Herren Geschworenen!

Wenn Sie heute berufen sind, auf Grund einer veralteten, dem Volksempfinden nicht mehr entsprechenden Gerichtsbarkeit über die Kommunistische Partei und über mich zu Gericht zu sitzen, dann müssen Sie versuchen, sich freizumachen von der tendenziösen Einstellung, die Sie als Vertreter der kleinen Bourgeoisie, als Handwerker und Kaufleute, ohne weiteres gegen uns haben, wollen Sie nicht den Verdacht, ein Urteil der Klassenjustiz gefällt zu haben, auf sich laden. Seien Sie sich bewußt, daß an der Wiege der Schwurgerichte die Revolution Ihrer eigenen Klassengenossen stand. Bürger, Handwerker und Studenten haben 1848 auf den Barrikaden dafür gekämpft. Wie heute die Arbeiter gegen die Polizei, so kämpfte damals das demokratische Bürgertum gegen dieses Testament der Herrschenden. Sie charakterisierten die Polizei mit den Strophen:

Was tut die Polizei, was tut die Polizei?
Sie steht den hohen Lumpen bei, die hohe Polizei!

Wir Kommunisten haben keine Furcht vor Gefängnis und Zuchthaus. Wir wissen, daß nicht nur die Klassenjustiz uns bedroht, sondern daß die monarchistischen Mörderorganisationen, mit denen der Hauptbelastungszeuge Loh in Verbindung zu stehen die Ehre hat, auf uns Jagd machen.

Wenn wir Kommunisten uns mit Abscheu von den Freundschaftsbeweisen der Herren Loh und Kiren losgesagt haben, so deshalb, weil wir mit „den größten Lumpen im ganzen Lande“ keine Gemeinschaft haben. Der berühmte Polizeipräsident v. Jagow hat proletarische Demonstrationen, wenigstens durch Patatanschlag, tagelang vorher verboten. Präsident Liebermann schaut sich mit eigenen Augen die Versammlung an, und verbietet den Anzug erst dann, als er schon in Bewegung ist.

Der Präsident Liebermann läßt vier Hundertschaften Sipo verstreut antreten in dem Bewußtsein, einen Zusammenstoß zu provozieren, um einen Grund zu haben, in Zukunft grundsätzlich jede kommunistische Versammlung zu verbieten. Liebermann warnte nicht, und dokumentierte so den Gegensatz in der Behandlung der Arbeiter im Zeitalter Wilhelms des Feigen und der glorreichen demokratischen Republik.

Wenn Loh und Kiren auf Grund ihres anormalen Polizeigehirns aus meiner Rede die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten „herausgefühlt“ haben, so stelle ich fest, daß die Kommunistische Partei nicht aufforderte zu Gewalttätigkeiten. Sie ist sich bewußt, daß ihr Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse, nur erreicht, wenn sie getragen ist von dem Vertrauen der großen Masse des arbeitenden Volkes. Durch Gewalttätigkeiten werden aber große Teile desselben abgestoßen.

Wenn ich gesagt habe, die streikenden Gemeinbedarbeiter und die hungernden Arbeitslosen hätten nichts zu bitten, sondern sie müßten fordern, so stimmt dies. Wenn auf Grund der verbrecherischen Kriegspolitik Hunderttausende nicht Brot und Arbeit haben, so haben diese vom Staat zu fordern, nicht zu bitten. Wenn die Demonstration gerade in den Weihnachtstagen stattfand, so deshalb, um dem laien Bürgertum zu zeigen, daß noch viele da sind, die nichts haben, trotz aller christlichen Liebe.

Für die Zustände in Deutschland ist es bezeichnend, daß die als Hüter der Demokratie, der Verfassung, die gestern allerdings noch Monarchisten vom reinsten Wasser waren, nicht Stellung nehmen gegen die Reaktionäre, sondern gegen die, die am heftigsten für die wahre Demokratie, für eine wirkliche Republik der Arbeitenden Opfer gebracht haben und kämpfen.

Die Kommunistische Partei verwirft die private Enteignung. Sie kämpft dafür, daß die Produktionsmittel aus der Hand einzelner in die Hand der gesamten arbeitenden Bevölkerung gelegt wird. In den Endphasen dieses Kampfes wird es allerdings, weil wir wissen, daß sich die Bourgeoisie nicht durch den Beschluß eines Parlamentes enteignen läßt, zu bewaffneten Zusammenstößen kommen. Dieser Kampf ist aber ein einmaliger und wird enden mit dem Sieg der Arbeiter, die ein Recht auf Revolution haben.

Wenn mir ein Vortwurf gemacht wird aus dem Munde „Kommunistische Funktionäre, an die Front!“, so erkläre ich mit Stolz, daß die Führer gerade im Falle der Gefahr dort sein müssen, wo es für die Masse gilt, gegenüber der provozierenden Polizei klaren Blick zu haben.

Wir haben hier zwei preukische Beamte in Reinkultur gesehen, die Herren Loh und Kiren. Die Aussagen dieser beiden und noch viel mehr das, was sie auf Grund ihres Dienstes nicht sagten, läßt uns einen Blick tun in den Sumpf der politischen Polizei. Loh bezahlt aus Staatsmitteln Spitzel zur Beobachtung sozialdemokratischer Beamten. Er läßt durch gekaufte Räuber auf diese einen Ueberfall machen, um die Dokumente den nationalistischen Geheimorganisationen, von denen er gekauft ist, zu übergeben. Er überreicht das Demonstrationsverbot absichtlich so spät, daß ein Zusammenstoß erfolgen muß. Und warum? Weil er mich und die Kommunisten haßt.

Ich haße Loh und seine Spitzel, weil ich die Keintlichkeit ließe.

Sie haßen mich, weil sie die Keintlichkeit haßen. Genau wie bei der Polizei unerhörte Zustände herrschen, so herrschen sie im Gefängnis. Brutale Mißhandlungen und Unterdrückung des Beschwerderechts sind an der Tagesordnung.

Wenn nicht anders, so wird der Prozeß dazu beitragen, diese Skandalösen, korrupten Zustände aufzudecken und die Arbeiter, die hierbei ersehen haben, daß wir mit politischen Mitteln für ein politisches Ziel kämpfen, anzuern, nicht zu erlahmen unter der Fahne des Kommunismus, zu kämpfen gegen die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Auswüchsen, für die wahre Demokratie und Republik, für ein glücklicheres Leben.

Die Rede des Angeklagten, die Vernehmung der Zeugen und die auf nichts basierende Inflagende des Staatsanwalts verhehlte nicht ihren Eindruck auf die Geschworenen.

Nach eingehender Rechtsbelehrung und längerer Beratung verneinen sie die Schuldfrage des Landfriedensbruchs und intellektueller Urkundenfälschung und bejahen nur die Schuldfrage auf Führung eines falschen Namens.

Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen Haft. Das Gericht verurteilte den Genossen Klein zu 150.— M. Geldstrafe, die durch die Haft verbüßt ist.

Das Gericht konnte ihn noch nicht entlassen, weil er noch mit den anderen Genossen wegen der „Roten Armee“ in Untersuchung sitzt; diese „Rote Armee“ ist ebenfalls aufgebaut auf den Angaben des Spitzelchefs Loh.

Weiterer Verhandlungsbericht auf der zweiten Seite.

Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter zusammengehen mit der Stinnespartei oder mit der Revolution? Wollt ihr weiter dulden, daß revolutionäre Arbeiter im Gefängnis schmachten? Wenn nicht, dann kommt Donnerstagabend in die sechs Volksversammlungen der KPD.

Näheres durch Plakate.

leidiguna empfahl, die Gastentlassung zu beantragen. Genau wie die Anklage vor dem Schwurgericht auf den Gedanken des von der Verteidigung als pathologisch zu bewertenden Kriminalkommissar Loh basierte, so auch die Anklage wegen Hochverrat. Nicht die Sorge um die Erhaltung des Staates, sondern das Bestreben im Interesse der monarchistischen Mörderorganisationen, von denen dieses Subjekt Bezahlung erhielt, leitete ihn in seinen Anträgen, und nur der Wunsch, die Kommunisten unschädlich zu machen.

Der Dienst der Loh und Konsorten im Interesse der Monarchisten ergibt sich durch die Aussagen der sozialdemokratischen Beamten, daß sie bespitzelt worden seien. Daß Loh Räuber gefaßt hat, ergab sich aus den Aussagen des 1. Beamten bei der Nachrichtenstelle des Oberpräsidenten, der über den Ueberfall auf ihn, zum Zwecke des Mordversuches, die Aussage als Beamter verweigerte, weil die ganze Angelegenheit einen hochpolitischen Hintergrund habe.

Aus dem Verlauf der Verhandlung ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Liebermann, Loh, Niren und Konsorten wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch und wegen Zusammenarbeit mit reaktionären Geheimorganisationen bezw. Duldung, nicht nur aus dem Dienst der Republik entlassen werden, sondern vor Gericht gestellt werden müssen. Kriminalkommissar Loh, der jetzt seine verbrecherische Tätigkeit in Stettin fortsetzen soll, muß außerdem wegen Anstiftung zum Raub bestraft werden.

Die Verhandlung ergab, daß die Anschuldigungen gegen die SPD, sie fordere auf zu Gewalttätigkeiten, sie bilde bewaffnete Organisationen, zusammengebrochen sind in nichts. Deshalb fordern wir, und diese Forderung muß von den Arbeitern im ganzen Lande vertreten und erkämpft werden, die sofortige Freilassung der noch verhafteten Genossen. In gewaltigen Versammlungen muß das Proletariat zu den korrupten, verbrecherischen Zuständen bei der Polizei Stellung nehmen und dafür sorgen, daß die Organe des Staates gefäubert werden von monarchistischen, reaktionären Beamten; daß vor allem den noch immer illegal ihr Unwesen treibenden Mörderorganisationen ihr Handwerk gründlich gelegt wird.

Der Landfriedensbruchprozeß gegen den Genossen Klein.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Zeuge Polizeipräsident Liebermann, dessen Verteidigung ausgeführt wird, der auf Antrag der Verteidigung geladen wurde, erklärt, daß er die Rede Kleins wohl als schärft, aber nicht als zu Schwelmtätigkeit auffordernd empfunden habe. Er erklärt, daß die Kommunisten durch den Vorsitzenden des Erwerbslosenrates schon vor Verhandlung hinterher von dem Verbot erfahren haben. Ihm wird daraufhin bedeutet, daß er das Verbot erst am Tage vorher schriftlich angefertigt habe. Er erklärte ferner, daß der Zug schon in Bewegung war, als das Verbot durch seine Beamten noch nicht übergeben war. Das grundsätzliche Verbot der kommunistischen Demonstrationen habe sich ihm aus dem Programm der SPD ergeben. Auf die Frage, ob er nicht wisse, daß ein Extrazug der Brigade Ehrhardt Anfang Juli in Breslau abgegangen sei, ob er weiter nicht wisse, wie von der Polizei beschlagnahmte Dokumente der SPD, Raubbemerkungen konterrevolutionärer Offiziere tragen, kann er (leider! D. Red.) keine Auskunft geben.

(Schluß des 1. Verhandlungstages.)

Bei Beginn des 2. Verhandlungstages wird der Zeuge Loh nochmal gefragt, ob er außer seinem Gehalt Geld von privater oder dienstlicher Seite (von Geheimorganisation) erhalten habe, zur Bekämpfung der kommunistischen Partei, verweigert er die Aussage. (!)

Ebenso verweigert er die Aussage darüber, daß er ein reaktionäres Landbesitzer benachrichtigt habe, damit es ein Waffenlager der Organe, von dem die Kommunisten taugten, wegbringen sollte.

Durch die dauernden Widersprüche des Loh wird dessen Glaubwürdigkeit kaum bezweifelt.

Zeuge Wachtmeister Niren wird auf Gerichtsbeschlus verurteilt. Er erklärt, daß er von der Absicht zu demonstrieren schon am Vormittag gewußt habe und schriftlichen Bericht an Loh gemacht habe. Er stellt sich mit den Aussagen des Präsidenten Liebermann in Gegensatz und behauptet, daß erst auf ausdrückliche Aufforderung, nach dem

Lesen des Verbotes der Zug sich in Bewegung gesetzt habe. Die Schiffe seien nach oben gerichtet, eine Möglichkeit des Abprallens sei nicht gegeben. Als Zeuge bekanntgibt, daß er beim Angeklagten einen falschen Ausweis aus Frankfurt gehabt habe, erklärt Klein,

daß jeder reaktionäre Offizier beim Kommissar Loh falsche Ausweise in mehrfacher Ausfertigung bekomme.

Auf die Frage, ob der Zeuge K. einen Bericht des Angeklagten an seine Zentrale, oder andere beschlagnahmte Dokumente an konterrevolutionäre Offiziere oder Organisationen zum Zwecke der Einsicht übergeben habe, erklärt Zeuge K., daß er über diese Angelegenheit keine Aussage machen dürfe.

Demgegenüber stellt der Angeklagte fest, daß auch seine Äußerungen mit Raubbemerkungen reaktionärer Offiziere versehen seien. Es steht also fest, daß die Breslauer politische Polizei die beschlagnahmten Dokumente der Kommunisten zum Zwecke der verschärften Verfolgung auch durch die geheimen Organisationen übergeben hat.

Zeuge Nowak sagt aus, daß die Ortsleitung der SPD für die Einberufung und Durchführung der Versammlung und Demonstration verantwortlich sei. Gen. Klein sei nur als Referent bestimmt. Die Verteidigung beantragt, den Detektiv H i n z e zu vernehmen, der, weil er eine Forderung an den Kommissar Loh in der Höhe von 2000 Mark für Nachrichten über die Beamten der Nachrichtenstelle habe, von diesem verhaftet sei. Der aus dem Gefängnis vorgeführte Zeuge S c h u f t e r erklärt, daß er Loh, weil er Kommunist sei. Er könne beschwören, daß Zeuge Wachtmeister N i r e n dem Detektiv H i n z e, der angab, für die Organe tätig zu sein,

Geheimtätigkeiten der politischen Polizei über die kommunistische Partei

zur Einsicht gab. In Wirklichkeit gab er sie zur Einsicht den Kommunisten. Es steht also fest, daß die Beamten des Herrn Liebermann im Dienst der Organe arbeiteten.

Zeuge Landtagsabgeordneter C h e r l e i n bekundet, daß es das grundsätzliche Bestreben der kommunistischen Partei sei, Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht zu vermeiden. Große Massen der Arbeiter, die zur Eroberung der Macht für die Arbeiter notwendig seien, werden abgestoßen und mißtrauig, wenn Zusammenstöße provoziert werden.

Zeuge Almar W e i n m a n n gibt an, daß in bezug auf intellektuelle Urkundenfälschung der Angeklagte den Namen Klein als richtig angegeben habe. Der Genosse Klein gibt in seiner Verteidigungsrede an,

daß der Oberinspektor des Gefängnisses den jungen Mann einen Tag vor der Verhandlung „richtig“ instruiert habe.

Als Sachverständiger wird Abgeordneter L. M ü l l e r von der SPD vernommen. Er erklärt, daß er aus dem Verlauf der Verhandlung ersehen habe, daß die Zustände auf dem Polizeipräsidium und das leichtfertige, ja verbrecherische Verhalten von den Beamten zu spät abgegebene Verbot wirklich un-erhört seien.

Er erklärt, daß in Breslau noch keine Versammlung vor der Demonstration verboten sei. Die Aufgabe der Polizei sei, Vergehen zu verhindern. Eingreifen der Polizei, insbesondere wenn die Masse sich auflaubt, auf die Versammlung hinaus zu können, wirkt verbitternd. Es sei eine Unmöglichkeit, eine Demonstration von Tausenden im Zeitraum von 5 Minuten, zumal wenn sie sich schon in Bewegung befinde, von dem Verbote in Kenntnis zu setzen.

Dem Zeugen Kriminalwachtmeister Niren wird vom Verteidiger Dr. Lieblnack die bestimmte Frage vorgelegt, ob er wisse oder erfahren habe, daß ein Ueberfall auf den Nachrichtenreferenten Kroska im D-Zug zwecks Raubes von Geheimtätigkeiten vorgekommen sei.

Der Zeuge erklärt nach einer langen Ausrede, und nachdem er sich in frecher Weise gegen den Verteidiger wandte, daß er im Einzelgespräch davon erfahren habe. (!)

Der Zeuge Loh, der in frecher, lärmender Weise, sich trotz selber Selbstläuge und Glacéerbischofen tatsächlich kenntlich wie einer, der außer der Dorschule nur die Erziehung beim Kommissar gekostet habe, wird gefragt, ob er einen Spitzel in den Zug gesetzt habe, zum Zwecke eines

Raubüberfalls an dem Nachrichtenchef beim Oberpräsident vornehmen zu lassen. Loh bestreitet dies und wird dann, trotz heftigsten Protestes der Verteidigung, verurteilt.

Die Verweigerung wird vorläufig geschlossen. Nach der Verlesung der Schuldfragen nimmt das Wort der Staatsanwalt

zu seiner Anklagerede.

Er erklärte, daß die Anklagebehörde sich nicht leiten lasse von politischen Beweggründen. (Wir empfehlen ihm die Anklageschrift des Oberstaatsanwaltes Poppandiel noch einmal durchzulesen.) Er werde angeklagt als Staatsbürger, der sich gegen Gesetze vergangen habe. Trotz aller Zeugenaussagen halte er es für erwiesen, daß der Angeklagte in aufreizender Weise gesprochen habe und daß er der Masse, obwohl er dazu in der Lage gewesen sei, davon keine Mitteilung gemacht habe. Es sei in dem Augenblick eine zusammengewürfelte Menschenmenge gewesen, als das Verbot überreicht wurde. (W. beneiden den Herrn Staatsanwalt um diese Auffassung.) Die Polizei sei, da wir Gott sei Dank, in einem Ordnungsstaate leben, nicht verpflichtet, den Wünschen der Demonstranten entgegenzukommen. Sie sei dazu da, im gegebenen Augenblick von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen. Er teile auch nicht die Auffassung des Angeklagten von der Harmlosigkeit der SPD. Der noch immer rollende Kubel (au weih!), Mitteldeutschland und Hölz beweisen das Gegenteil. Er halte den Tatbestand des Landfriedensbruchs für gegeben, beantrage aber mildernde Umstände, da er annehme, daß der Angeklagte aus Idealismus gehandelt habe. Er bitte deshalb die Geschworenen, alle Schuldfragen zu bejahen.

Rechtsanwalt Simon

erklärt, daß die Verhandlung, und was sie ergeben habe, für die große Öffentlichkeit von größter Bedeutung sei. Die Eidesaussage eines Beamten war für ihn die unumstößliche Wahrheit. Die braven Hauptbelastungszeugen, die Kriminalbeamten Loh und Niren haben aber in der Tat einen jämmerlichen Eindruck gemacht. Die widersprechenden Aussagen der beiden Zeugen und ihre ihnen unzweifelhaft nachgewiesene verbrecherische Handlungsweise lassen ihre Aussagen trotz des Eides direkt als unwahr erscheinen. Er werde nicht verfehlen, bei der Staatsanwaltschaft anzufragen, ob sie mit demselben Eifer wie bei den Kommunisten die Sache verfolgt, diese beiden Menschen einsperren läßt und sie auf die Anklagebank setzt. Wenn der Staatsanwalt die Polizei verherrlicht und behauptet, daß in die Luft geschossen sei, dann könne er nicht verfehlen, wie 1 Loter und mehrere Verwundete auf dem Platze bleiben konnten. Es widerstrebe dem Charakter der Polizei, die vorbeugend wirken sollte, daß sie um ihre Ehre stumpf jeden starken Befehl befolge.

Er beantrage sämtliche Schuldfragen bis auf die Führung eines falschen Namens zu verneinen.

Rechtsanwalt Lieblnack

stellt fest, daß die Verhandlung Dinge gezeitigt habe, die von der größten politischen Bedeutung seien und daß das Material an anderer Stelle zur Sprache gebracht werde. Wenn der Staatsanwalt hier mit Sentiments arbeite, den mitteldeutschen Aufstand anführe usw., so stehe fest, daß die Masse nichts gewußt habe von dem Verbot, daß der Zug in Bewegung war, als das Verbot überreicht wurde und daß es unmöglich war, ihn aufzuhalten, da 3 Minuten nach dem Verbot schon der von der Polizei vorbereitete Zusammenstoß stattfand. Die ganze Anklage sei zusammengebrochen und sie habe nur bezweckt, die Schuld von der Polizei abzuwälzen. Er bewundere die milde Kritik des Rechtsanwalts Simon an den Hauptzeugen Loh. Ihm komme es vor, daß das Verhalten dieses preussischen Beamten" aus pathologische grenze. Deutlicher als die Aussagen dieser Zeugen war das, was Oberpräsident Rimmer und Nachrichtenchef Kroska gesagt bzw. nicht sagen durften. Er habe keinen Zweifel daran, daß Niren von dem Raubüberfall an Kroska gewußt hat. Die überführten Verbrecher Loh und Niren. Wenn Niren zugegebener Weise Geheimtätigkeiten der politischen Polizei an die Organe gibt, dann sei er zu allem fähig. Die Anklage basiere auf solch schwachen Füßen, daß er nicht verfehle, daß man sie nicht gleich niederschlagen habe. Aus alledem heraus beantrage er Verneinung der Schuldfragen.

Nach der Rede des Genossen Klein, die wir an anderer Stelle bringen, und die ihren Eindruck nicht verfehle, erteilte der Vorsitzende den Geschworenen eingehende Rechtsbelehrung. Nach dem Erbruch der Geschworenen wurde Genosse Klein des Landfriedensbruchs als nicht schuldig befunden und freigesprochen.

Beischüzer.

Von August Strindberg.

„Das habe ich!“ rief jetzt die Mutter mit einem tiefen Seufzer ein, der aus dem jähen Grabe der jüngst Verstorbenen zu heraufschien.

„Ja, ich! Das will der Mann denn haben für seine Kamme!“

„Eincinhalb Öre.“ antwortete Sofie.

„Ach, Herr mein Gott, dafür bekomme ich die Kamme ans Laib!“

„Nur dem Preise kann sie nicht gemacht werden.“ sagte Sofie bestimmt.

„Dann muß man mehr Klei in das Zinn tun!“

„Für mal, Kaufmann.“ sagte Sofie, „sicht Ihr den Abhang?“

„Ja, und?“

„Wir haben eine Kuh, die da hinstrengt! Es muß nur nur Klaster bis dahin. Sollt Ihr mir glauben, daß auch ein Käse da hinstrengt?“

„Sofie, Sofie, unterbrach ihn die Mutter, heute an deine arme, alte Mutter!“

„Das tut ich eben! Ich will, daß sie einen christlichen Jungen beschütze, wenn er auch im übrigen ein armer Teufel ist.“

„Christ! Hum! Bist du reich, so kannst du auch christlich sein.“

„Das war ein häßlicher Satz!“

„Es ist eben häßlich von einem großen Menschen, seine Mutter sich unterbreiten zu lassen.“

„Hört, Kaufmann.“ sagte Sofie, „Ihr dürft ausländische Sachen verkaufen, das dürft ihr, aber ihr dürft hier im Lande keine verkaufen.“

„Ich bestre, keine Kammen zu machen, und lasse ich welche machen, so werden es keine schwedischen sein!“

„Kam, für einen her, an! Er läßt mich ausländische Sachen in Schweden verkaufen. Aber sagt mir erst, warum wachet Ihr Euch gerade an mich?“

„Ja, warum? Ich habe den Gezellen gern.“

„Aber ich habe keine Zeit und darf keine haben!“

„Ich auch nicht, aber ich habe einen sehr guten Freund, der uns einen Raum in der Stadtmauer leihen will.“

„Ich werde die Sache beschließen.“ sagte Sofie.

„Das tut er!“ riefen er und er, auch Kaufmann Algot und Josef an der Thürschwelle. „Frage nach Kaufmann Algot, nicht Josef!“

Die Verhandlung war zu Ende, aber Sofies trübendes Gesicht in den nächsten Tagen war auch zu Ende. Denn nun wurde er von der Mutter bestraft, die sich an sein Herz und seine Ehre wandte. Aber wenn sie mit der Ehre kam, dann hatte Sofie die Überhand, denn er kämpfte gerade, um sie zu behalten. Aber die Mutter blieb dabei, daß die Ehre für die Mädchen sei: die Frauen müßten ihre erste Pflicht erfüllen und leben. Würde man reich, hätte man Ehre; hätte man Ehre, würde man reich.

Das Ende war, daß Sofie zu Algot und Josef hinunterkam, und zwar zu sehr guter Zeit. Hier wurde er aus dem Kontor über die Hintertreppe an ein Magazin geführt, und von dort nach weiter in einen Keller, wo er eine vollständige Kammergeschloßerei und einen Gezellen vorfand, der ihm zur Hand gehen sollte.

Hier erfuhr man Sofies Neugierde und versetzte trübende Fragen, wie sie genannt wurden, und welche auf dem Markt ausgekauft gingen.

Der Gezell, der Claus hieß, hatte ein Neugierde, das mehr gewonnen als verlor. Er war sehr gelehrt und hatte alle Geheimnisse des Handwerks an die Spitz zu kommen; er achtete auf die geringsten Kleinigkeiten und fragte nach der besten Sache viele Male.

Erst Tages war Claus verschwunden. Kaufmann Algot konnte nicht sagen, wo er war, und er sagte es auch nicht. (Mutter!) hat ein kleiner Bruch zwischen den Söhnen der Mutter Algot und Josef ein. Josef wollte nicht mehr Algot's Sachen kaufen, weil sie zu teuer seien; er wollte nicht mehr als einen Öre für die Kamme geben. Algot bekam auf seiner Herbergung von anderen. Da sagte Josef den Handel auf und erklärte, er brauche Algot's Kamme nicht. Algot wollte nicht nachgeben, trotzdem er keine eigenen Handwerke hatte, sondern nur auf Josef's Ansehen war. Alot Tage später eröffnete Josef einen neuen Verkauf von schwedischen Kammen,

nachdem das alte Lager ausverkauft war; und jetzt konnte er die Kamme für eincinhalb Öre an das Publikum verkaufen.

„Ach, du schlauer Teufel“, sagte Algot. „Ich sehe ich die Spuren von Claus' Fingern. Hast du den Schlüssel in der Mauer also?“

„Ich habe“, sagte Josef.

Sofie war wiederum ohne Arbeit.

Jünglingen fing man an, laute Klagen von dem wohlhablichen Kammergeschloßerei zu vernehmen. Man hatte mehrere Monate keine Kammen verkauft; das Handwerk war in Gefahr; Gezellen müßten verabschiedet werden; Unruhe herrschte in den Werkstätten. Und all dieses wurde einfach dadurch verursacht, daß das Publikum lieber die billigen und besseren Kammen der Deutschen kaufte, als die teureren und schlechteren des Landes.

Der Ältermann und die Meister schrien über den schlechten Geschmack des Publikums; sie verfluchten den Freihandel und gingen hinaus zum König mit dem Ersuchen, einen Zoll auf die eingeführten Kammen zu legen, damit sie teurer würden und das Publikum sie unmöglich kaufen könnte. Aber der König antwortete nur: Macht ebenso billige und gute Kammen, so werdet ihr sie auch verkaufen.

Da erboben sie ein neues Geschrei. Sollte das Jahrhundert alte erprobte Kammergeschloßerei in Stockholm seine Traditionen verlassen, um den Kammen des Tages zu folgen? Nein, lieber wollten sie als Ehrenmänner fallen, als die Arbeit zu wechseln. Haben nicht ihre Väter aus ihren Kammen getrunken? Ja, das war ein schwerwiegender Grund! Und vor allem, was mehr war, waren nicht diese Kammen schwedisch? Ja! Sollte man sie da gegen ausländischen Kammen vertauschen? Als jemand einwandte, daß die alten Kammen auch nach deutschem Model gemacht seien, und daß der erste Kammergeschloßerei in Stockholm ein Deutscher gewesen sei und Albrecht Zinn geheißen habe, wurde er von der Versammlung hinausgeworfen und Vaterlandsverräter genannt.

Die Lage wurde immer schwieriger. Arbeitslose Gezellen wanderten durch die Straßen und machten Lärm. Meister wurden in den Werkstätten eingeschlossen. Ein Aufruhr wurde in der Nachtzeit gegen die deutschen Juden gemacht, aber die Polizei wurde ergriffen und ins Gefängnis gesetzt. Die ganze Stadt war in Aufruhr.

(Schluß folgt.)

Auch die USPD auf dem Wege zur Koalition?

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist tief aufgewühlt. Die Organisationen mit dem stärksten proletarischen Einschlag bäumen sich auf gegen den Gedanken, Arm in Arm mit Stinnes zu gehen. Berlin, Chemnitz, Frankfurt, Rheinland-Westfalen schlagen in gerechter Empörung mit der Faust auf den Tisch. Die alten proletarischen Kampftruppen, die noch an der alten Partei festhalten, für die sie durch lange Jahre schwerste Opfer gebracht haben, wollen und können sich nicht genügen lassen, das Wort Klassenkampf als „stille Pflicht“ im Programm zu haben und im selben Atem den Klassenkampf gegen die Todfeinde des Proletariats, die Kapitalmagnaten der schweren Industrie und der Banken durch einen Bruderkampf mit ihnen.

In dieser schweren Not, da der gerade Sinn der Proletarier das raffinierte Gebäude zu zerschlagen droht, das die Parteiführerschaft in Görlich aufgerichtet, um sich wohnlich im Bezirk des Kapitals niederzulassen, sind diese Führer auf einen Ausweg verfallen, der des Spiels von Görlich würdig ist.

Sie sind an den Vorstand der Unabhängigen Partei „herangetreten“, um festzustellen, unter welchen Bedingungen diese Partei bereit sei, in die Reichs- und preussische Regierung einzutreten.

Die sozialdemokratischen Führer denken dabei zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die Stinnespartei, die auf hohem Kosse sitzt, soll durch die Aussicht einer Einheitskoalition auf einen bescheidenen Fuß gebracht, die Chancen für die Verteilung der Regierungsposten sollen verbessert werden. Die andere Fliege, die mit dieser Klappe geschlagen werden soll, das sind die Arbeiter, sowohl die der eigenen Partei, wie die in den Reihen der Unabhängigen. Werden die Unabhängigen ablehnen, so wird man den sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter sagen: seht, es geht nicht anders! Wir müssen. Werden die Unabhängigen annehmen, so sind auch sie der Sünde bloß, eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eingegangen zu haben.

Am Sonnabend hat nun die USPD die Anfrage der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit folgendem Schreiben beantwortet:

Die USPD hat bisher die bei der Annahme des Londoner Ultimatums gebildete Regierung Wirth in der loyalen Erfüllung des Ultimatums und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist.

Der immer akuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Besitzes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatums, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und kirchlich-dunkleren Arbeitern sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten Schützer an Schützer stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse erfordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziel hat:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Besitzes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.
 2. Wirksame Maßnahmen zum Schutz der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl.
 3. Gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten, im öffentlichen Dienst Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassung öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden.
 4. Fortführung der Sozialpolitik.
 5. Sozialisierung des Bergbaues.
- Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen.

Wenn die SPD an uns die Frage stellt, „ob und unter welchen Bedingungen die USPD bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten“, so müssen wir vor der Beantwortung dieser Frage untererlebensfragen, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der USPD eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obenstehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.

Deshalb ersuchen wir die Zeitung der SPD, zunächst darüber Klarheit zu schaffen, und uns das Resultat ihrer Feststellungen mitzuteilen.

Die Stellungnahme zur Frage der Regierungsabildung in Preußen, wo es sich für uns in erster Linie um die Demokratisierung der Verwaltung und die Reform der Justiz handelt, ist funktgemäß die gleiche.

Damit ist die Möglichkeit zur Bildung einer Regierung der „republikanischen Linken“ gegeben. Der Sozialdemokratie, wie den bürgerlich-republikanischen Parteien der Regierung Wirth ist jeder Vorwand für die Bildung einer Regierung der sogenannten „Mitte“, die in Wahrheit eine Kapitulation vor der Rechten bedeutet, genommen. Die Bedingungen, die die USPD für ihren Eintritt in die Regierung stellt, unterscheiden sich in nichts Wesentlichem von dem, was die SPD und auch die linken bürgerlichen Blätter nach der Ermordung Erzbergers als erforderlich bezeichnet haben.

Die USPD hat mit ihrer Antwort die Folgerungen aus ihrer bisherigen Politik der Unterstützung der Regierung Wirth gezogen. Vergessen ist — wenigstens bei der Mehrzahl der Führer der USPD — das Leipziger Aktionsprogramm, in dem die USPD einstmalig gelobte, nicht nur nicht mit der Bourgeoisie zusammen zu regieren, sondern das Proletariat in einer wuchtigen proletarischen Kampftruppe zusammenzufassen zum Kampfe um die proletarische Diktatur. Heute peist man auf die Diktatur des Proletariats und in brünstiger Regierungslust liehangehen die unabhängigen „Staatsmänner“ mit der SPD und ihrem bürgerlich-kapitalistischen Zubehör. Der Antwort ist daher keineswegs so ausgefallen, wie es das Magdeburger Organ von den unabhängigen Politikern als unbedingt voraussetzliche, als sie mit gestäubter Feder in seiner Sonntag-Nummer weiter:

In ihrer Todesangst wollen sie die USPD wieder zum Narren machen. Man hat beschlossen, an die USPD heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Umständen sie bereit sei, in die Reichs- und in die preussische Regierung einzutreten. Das ist ein alter Schiedsrichter in neuer Auflage, oder noch erbarmlicher als früher. In Görlich beschimpft und schmäht man die USPD, jetzt schlägt die Einheitsfront, die man schon Wochen vorher hinterrücks zu sprengen

suchte, und hat sich Stinnes an wie eine Strahlkugel. Nun, da der erhoffte Beleg abgewinkt, soll die USPD wieder gut sein. Mag auch sie nicht, aus Reinheitsgründen, soll sie auf allen Gassen wieder befeuert werden. Wir können schon heute versichern, daß die Antwort der USPD so ausfallen wird, wie die Diktatur SPD sie verdient!

Sondern sie besteht in einer Rückfrage, ob auch alle bürgerlichen Koalitionsparteien mit der USPD im Reiche und in Preußen eine Regierung zu bilden bereit wären. Um diese große „Koalition der Mitte“ zustande zu bringen, schlägt die Zentralleitung und Reichstagsfraktion der USPD, gez. Crispian, einige Mindestforderungen vor, die nichts weiter verlangen, als ein paar sehr bescheidene Justizreformen, soziale und verwaltungspolitische Maßnahmen, für das Steuerprogramm Erfassung der Goldwerte, Sozialisierung des Bergbaues, Schutz der Republik sowie aufrichtiges Streben zum Wiederaufbau und zur Erfüllung des Versailleser Vertrages. So weit kann also eine ehemals sich revolutionär nennende Partei auf den Hund kommen und ihre einst nach Diktatur des Proletariats gerichteten Forderungen ermäßigten, um an die Regierung zu gelangen!

Es gibt nicht nur bei den Unabhängigen, als deren Rechner am Sonnabend im Reichstag der Abg. Rosenfeld auftrat, sondern auch bei den Rechtssozialisten breite Massen von Arbeitern, die gegenüber der Einheitsfront der kapitalistischen Koalition nur in der Einheitsfront des Proletariats die Sicherung der proletarischen Demokratie in der Republik sehen. Der Zusammenschluß des gesamten Proletariats im Kampf um die nackte Existenz muß heute die Lösung sein für alle Arbeiter, die nicht von parlamentarischen Illusionen und regierungslüsterigen Rechtmehrsleien verwirrt und vom Boden des Klassenkampfes abdrängt sind. Das mehr oder weniger offenkundige Zusammengehen der Sozialdemokratie mit Stinnes und seinen Leuten ist nichts als eine Rettungsaktion zuunsten des Kapitalismus und seiner arbeitfeindlichen Unerfälllichkeit. Schon ist keine Rede mehr von einer wirklich durchgreifenden Heranziehung des Besitzes zu den unermesslichen Steuerlasten und die demokratisch-vollsparteiischen Kräfte sind rastlos am Werk, jede Besserstellung des Proletariats in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu sabotieren. Die sozialdemokratischen Führer im Parlament liegt natürlich daran, diese kapitalistische Einheitsfront bis zu den Unabhängigen zu verlängern. Die sozialdemokratischen Arbeiter aller Richtungen sollten sich für

Die Woche vom 9. bis 16. Oktober gilt der Sammlung für das hungernde Rußland.

Arbeiter, Genosse, was tuft du für die Rußlandhilfe? Gehe hin und kelle dich deinem Ortskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland zur Verfügung. Werde auch du ein Helfer in der Not!

diese Zuhälterdienste zu gut finden und sich besserer, revolutionärer Verganheiten ihrer Partei erinnern. Nicht in der Regierungskoalition, sondern im Klassenkampf liegt die Zukunft des Proletariats und der deutschen Republik. Nicht in Anlehnung an die Parteien nach rechts, sondern im Anschluß an die kämpfenden Proletarier Rußlands und der ganzen Welt gegen Hunger und Ausbeutung wird die Befreiung errungen. Nur auf dieser erweiterten Basis wird die Einheitsfront des Proletariats die Einheitsfront der Koalition mit oder ohne Stinnes schlagen. Fort mit den Illusionen, heran an die Massen und hinein in den Kampf!

Stinnes verlangt die Sinnestäkung des Staates.

„Die Reparation ist das Schicksal“, heißt es in aufschallenden Lettern im offiziellen Stinnesorgan, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Sonntag. Scheinbar wird polemisiert gegen die Reparationsverpflichtungen, die nicht nur die deutsche, sondern auch die Weltwirtschaft zum Ruin brächten. Natürlich will das deutsche Kapital opferfreudig diesem Ruin entgegenwirken, und dabei zeigt sich, wie in Wirklichkeit die Reparationen ein geradezu unschätzbbares Mittel für Stinnes sind, unumschränkter Herrscher Deutschlands zu werden. Gewiß, die „Industrie“ läßt sich vielleicht zu einer Kreditaktion für das Reich herbei. Aber natürlich stellt Stinnes Forderungen als Entschädigung für dieses Opfer auf:

1. Es sollen „alle Wirtschaftskreise“ daran beteiligt werden, nicht nur die Industrie. Das bedeutet, daß das landwirtschaftliche Kapital noch enger mit dem industriellen verknüpft, anders ausgedrückt: in noch weit höherem Maße als jetzt zum Anlagkapital der Großindustrie wird.
2. Der Staat soll befreit werden von „überflüssigen Ausgabeposten“. Genannt werden Post und Eisenbahn. Das bedeutet: Weitere Heranabräufung der Zölle für Post und Eisenbahn, Lohnabbau für die Arbeiter und Beamten unter Verlängerung von deren Arbeitszeit. Es bedeutet aber noch weit mehr. Die Erwerbslosenversicherung wird in der gleichen Nummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus finanziellen Gründen ein „Struma ins Dunkle“ genannt, und es ist nicht anzunehmen, daß ein so hausväterlich veranlagter Mann wie Stinnes gutwillig in solch ein Dunkel springen wird.
3. Stinnes fordert schließlich, daß solch unproduktive Unternehmungen des Staates, wie Eisenbahn, Post usw. „in den Privatbetrieb überführt werden“, d. h. die Sinnestäkung aller staatlichen Betriebe.

„Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt durch Erfassung der Goldwerte“ stellen SPD und USPD als Forderungen auf. Stinnes als neuer Bundesgenosse der SPD tut das auf seine Art. Er stellt das Gleichgewicht im Etat her, indem er alle unproduktiven Ausgaben streicht, d. h. alle Ausgaben, die nicht unmittelbar für seinen Profit bestimmt sind. Und die Erfassung der Goldwerte stellt er sich so vor, daß er selber alle erreichbaren Goldwerte erfaßt, auch die, die heute noch Eigentum des Staates sind. So erprobiert nicht der Staat den Stinnes, sondern der Stinnes den Staat.

Kosle gefaltet wieder Regimentsappelle.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium Hannover gibt der Öffentlichkeit folgende Verfügung des Herrn Kosle bekannt: „Mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Entspannung der politischen Lage hat der Herr Oberpräsident eine Anordnung, wonach Regimentsappelle, Appelle und ähnliche Veranstaltungen durch die zuständigen Behörden bis auf weiteres zu verbieten waren, dahin abgeändert, daß solche Veranstaltungen nicht mehr ausnahmslos, sondern in allen Fällen zu verbieten sind, in denen die zur Prüfung und Entscheidung berufenen Ortspolizeibehörden bzw. Regierungspräsidenten auf Grund von Tatsachen, die in den örtlichen Verhältnissen begründet sind, nach behördlichem Ermessen den Eintritt einer aufreißenden Erörterung im Sinne des § 4 der Verordnung vom 29. August 1921 befürchten.“

Das Proletariat hat nicht den Kampf gegen die weiche Gardie in eigener Aktion durchgeführt, sondern es hat den Schutz der Republik und den Kampf gegen die Reaktion der Regierung überlassen. Also kann der Herr Kosle es wagen, wieder offen sich zu seinen konterrevolutionären Freunden zu bekennen. Die Verordnung bedeutet nichts anderes als eine offene Verhöhnung des Proletariats und eine Aufforderung an die Organe, ihre konterrevolutionären Aktionen und Paraden in aller Öffentlichkeit fortzusetzen. Also, „Königs“ Ulanen, heraus zum Appell.

Das Schicksal einer Einheitsfront.

Ende August wurde in Braunschweig vom Gewerkschaftsrat, SPD, USPD, KPD, ein Aktionsausschuß gebildet, der zunächst die Aufgabe hatte, die riesige, machtvolle Demonstration der Braunschweiger Arbeiterpartei gegen die Zensurierung zu organisieren. Nach der Ermordung Erzbergers wurde der Ausschuss, den Aktionsausschuß als leitendes Organ des Gesamtproletariats zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion bestehen zu lassen. Erfolgreich wurden Stahlhelm-Versammlungen und eine Fabrikwoche des Stahlhelms verhindert, auf den Druck des Aktionsausschusses hin verbot die Regierung eine Berg-Versammlung der Deutschnationalen.

Nach dem Wunsch der SPD, sollte nun mit derselben Einmütigkeit der Kampf gegen die wirtschaftlichen Nöte aufgenommen werden, da plätschte plötzlich wie eine Bombe in eine Sitzung des Aktionsausschusses eine Erklärung der SPD, hinein, die jede weitere gemeinsame Arbeit mit den Kommunisten ablehnte. Die überraschten Unabhängigen jagten sich darauf auf Wunsch der Kommunisten zu einer Beratung zurück, um zu der vollständig veränderten Sachlage Stellung zu nehmen. Sie konnten aber in sich zu keiner klaren Stellungnahme kommen, denn die reformistischen und die revolutionären Elemente in der USPD standen sich schroff in ihrer Auffassung gegenüber. Unsere Genossen sprachen deutlich aus, daß nach der empörenden Erklärung der Rechtssozialisten die Unabhängigen sich entscheiden müßten, ob sie diesen Verrat mitmachen wollten oder nicht. Unser Wunsch ist die Einheitsfront des gesamten Proletariats. Läßt sich das nicht erreichen, sind wir bereit, auch mit der USPD allein eine Kampfgemeinschaft zur Erreichung bestimmter Ziele zu bilden.

Da eine Klärung nicht zu erzielen war, wurde die Sitzung des Aktionsausschusses aufgehoben. In der USPD, der stärksten Partei in Braunschweig, liegt es jetzt, ob die Einheitsfront erhalten bleiben soll. Zunächst werden nun in der USPD die schärfsten Diskussionen ausgefochten, gilt es doch zu entscheiden, will man zur Partei Karl Liebknechts oder zur Partei Gustav Noskes.

Saubere Orgeßstumpen.

Der bisherige Polizeipräsident Pöchner hat sich von den Beamten der Polizeidirektion und der Landespolizei verabschiedet. Er appelliert dabei an die Beamten, den „Geist der Sauberkeit und Lauterkeit“ stets aufrechtzuerhalten, sich nicht von der Wandelbarkeit der Gesinnungen anstecken zu lassen und die Angriffe und Verleumdungen in der Öffentlichkeit nicht zu achten.

Gleichzeitig mit Pöchner ist auch der Leiter der politischen Abteilung, Oberamtmann Dr. Fried, aus seinem Amt geschieden. Er galt als die rechte Hand des Polizeipräsidenten Pöchner. Auch der Regierungsrat Lang vom Fremdenamt der Münchener Polizeidirektion und Graf Soden, der Vorstand der Polizeistelle für Nordbayern in Bamberg, haben um Enthebung von ihren Ämtern nachgesucht.

Religionsdebatten im Landtag.

Der Preussische Landtag erledigt in seiner Sonnabend-Sitzung zuerst einige kleine Vorlagen. Es folgt dann die Fortsetzung der Beratung des Antrages Braun (Soz.) über die Abkündigung der Staatsleistung an die Religionsgemeinschaften. Die Debatte wird durch den Demokraten Gottschalk eröffnet, der verlangt, daß der Kirche vom Staat die Lebensnotwendigkeiten gesichert werden, da sie auch heute noch große stiftliche Aufgaben zu erfüllen habe.

Nach der Rede des Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vag.), der sich ebenfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag wendet, spricht der Genosse Schneider: Die Kirche ist zu einer Dienerin des Kapitalismus herabgesunken und aus den Ausführungen der bürgerlichen Redner geht hervor: daß es für sie sich gar nicht darum handelt, stiftliche Ideen in das Volk zu tragen. Sie wollen nur die Arbeiterpartei durch die Verbummungsmethoden der heutigen Kirche für ihre Ausbeutung gefügig machen. In der heutigen Kirche ist nichts mehr von den Ideen des alten Christentums zu finden. Wer für wahres Christentum eintritt, müßte mit den Kommunisten für die Beseitigung des Kapitalismus eintreten. Die Religion muß Privatsache jedes einzelnen sein. Wenn wir die Macht haben, werden wir sofort den Trennungsschritt zwischen Staat und Kirche ziehen, ohne das noch lange von Abkündigung die Rede ist. Der Abg. König (Soz.) macht in seinem Schlußwort den Abg. Koch (Dn.) auf die Widersprüche aufmerksam, die zwischen der Bibel und seinen politischen Handlungen sind. Der sozialdemokratische Antrag wird in seiner ursprünglichen Form von den gesamten bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt und dann gegen die Linke mit einem Zusatzantrag der Deutschen Volkspartei angenommen.

Es folgt dann die Beratung der großen Anfrage Hermanns Friederichs (Dn.) über die Lehrtätigkeit an einflussreichen Volksschulen. In Verbindung damit werden die ebenfalls von den Deutschnationalen gestellten Anträge über die Trennung des Vermögens vereinigter Kirchen- und Schulstellen und Befreiung der Inhaber organisierter Verbundener Kirchen- und Schulstellen beraten. Die deutschnationale Anfrage wird von einem Regierungsvertreter beantwortet, der äußert, daß man bald dazu kommen müsse, auch auf die Lehrtätigkeit das neue preussische Befolgungsgesetz zur Anwendung zu bringen. Es wird dann die Besprechung der großen Anfrage beschlossen, die, da das Haus sich gleich darauf verlagert, später erfolgen wird.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Haushalt für Handel und Gewerbe.

Kommunisten und Republik.

Der Reichstag hat Sonnabend die Debatte über die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten abgeschlossen. Noch einmal hat deutlich zutage, daß sämtliche bürgerlichen Parteien das dringende Interesse haben, die durch den Erzbergermord zur Klärung gekommene Erregung der Arbeiterschaft abzumildern. Die Haltung der Rechtssozialisten hat ihnen diese Absicht sehr erleichtert. Die Redner des Zentrums und der Demokraten nahmen mit der Forderung der Heberbrückung der Abstände zwischen allen Parteien eine schließende Stellung vor den Rechtsparteien ein. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei glaubte nach Götting auf die Gesühle der sozialdem. Arbeiter noch weniger Rücksicht nehmen zu brauchen als bisher. Er forderte ganz offen scharfes Vorgehen gegen die Heberbrückung der Linien. Der sozialdemokratische Innenminister Grundmann kam den Wünschen der Rechten sehr entgegen, so daß nach seiner Rede ein Abgeordneter der Rechten laut ausrief: „Solche Reden sollte der Reichskanzler halten!“

Der Rede unserer Genossin Clara Zetkin folgte das Haus mit gespannter Aufmerksamkeit. Genossin Zetkin begründete nicht nur die von unserer Fraktion gestellten Anträge, sie rechnete auch die gesamte Situation klar ab und wies auf die Aufgaben der Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen hin.

Rosenfeld von der U.Z.P. erklärte das Regierungskompromiß mit Bayern für ein faules Kompromiß und schloß sich den Forderungen der Kommunistischen Fraktion an. Eine endgültige Abstimmung über die eingebrachten Anträge erfolgte noch nicht, nur unser Antrag auf Sanktionierung des Genossen Wendelin Thomas wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und selbstverständlich auch der Deutschen Volkspartei angenommen.

Dann vertagte sich der Reichstag, um den Parteien zum Verhandeln Zeit zu lassen, bis zum 3. November.

(Reichstagsitzung vom Sonnabend, 1. Oktober.)

Abgeordneter Marx (Zentrum): Wir lehnen zur Zeit jede Änderung der Verfassung als bedenklich und unbedenklich ab. Die Verordnung des Reichspräsidenten richtet sich nicht gegen bestimmte Personen, Klassen, Stände, sondern gegen alle Staatsbürger, die gewisse Verbrechen begehen. Einen Eingriff in die Rechte Bayerns können wir nicht mitmachen.

Abgeordneter Thiel (D.D.): Die Regierungsverordnung ist eindeutig gegen rechts angewandt worden. Auch die Rede des Reichskanzlers war ausschließlich gegen rechts gerichtet. Eine Verordnung zum Schutze der Uniform erscheint uns dringend notwendig. Die Regierung darf dem Druck der Linken nicht nachgeben.

Minister des Innern, Dr. Gradnauer: Der Vortag hat zweifellos recht darin, daß sich in den letzten Wochen eine Kette von Vorgängen zgetragen hat, die für jeden, mag er rechts oder links stehen, schwer bedrückend sind. Aber wir wollen uns doch darüber klar sein, daß alle diese Vorgänge doch nicht zufällig sind, sondern auf die unglückliche Tat von Griesbach, (Zehr richtig, links — Unruhe rechts.) Nach dem Kapp-Putsch kam eine Unruhebewegung, die weit über die Abwehr hinausging. Das ist immer nach solchen Ereignissen der Fall. Die Regierungsverordnung richtet sich nicht gegen bestimmte Parteien, sie wird gegen alle Seiten angewandt werden. Ich habe auch eine große Anzahl kommunistischer Blätter verboten. Eine solche Entscheidung ist im öffentlichen Leben bereits eingetretten. Ohne diese Verordnung hätten wir viel Schlimmeres erlebt. Ich will im Sinne eines gesunden, vernünftigen Ausganges stehen. (Zuruf von rechts: Solche Reden sollte Wirth halten!)

Thüringischer Staatsminister Freiherr von Brandenburger: Die Ausführungen des Abgeordneten Thiel gegenüber muß ich erklären, daß wir in Thüringen gezwungen waren, den Deutschnationalen Handlungsgehilfenrat zu verbieten. Diese Dinge werden hier nur deswegen so aufgebauscht, um die Rede als Märtyrer hinzustellen.

Abgeordneter Koch (Dem.): Wir wollen die Erfüllung, wir wollen eine Einigung der Mitte, wir wollen ein Kabinett der Verfassung.

Abgeordneter Baerle (D.D.): Gegenüber den Anträgen gegen den bisherigen Ministerpräsidenten von Kahr erlaube ich die Zustimmung und die Zustimmung und keine Weisung herab. Die jetzige Fassung der Verordnung bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Wege des Federalismus.

Genossin Zetkin:

Die Art der Charakter der Anträge, die die Fraktion der Kommunisten machen vorgelegt hat, lassen den Gegensatz der Auffassung hervortreten, der uns von der Reichheit des Hauses trennt. Es ist ein Gegensatz in der Antwort auf die Frage: Was nun?

Wir sind mit der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten und wir sind in der Auffassung, daß die Republik geschützt werden muß, und das, obgleich diese Republik die formale, rechtliche, die bürgerliche Republik ist und nicht die rote Arbeiterrepublik des Proletariats.

Die bürgerliche Republik ist das Werk des Proletariats, aber sie ist nicht die Erfüllung der Schmach und des Kampfes des Proletariats. Sie ist erlaubt und besteht mit dem Leben von bürgerlichen Verfassungen, die auf dem Schicksale des bürgerlichen Staates im Leben und Tode beruhen. Sie ist erlaubt und besteht mit dem Leben und Entbehrungen, die die Massen der Arbeitermassen während des Krieges in der Schmach erleben haben. Das ist jetzt noch besteht, in letzten Augen auch die Tat des Proletariats.

Aber die Republik, wie sie ist, kann nicht das Ziel der Erfüllung der proletarischen Revolution sein, weil sie bis heute noch nicht den sozialen Wandel herbeiführt hat, der sie erst wirklich von dem Herrn des Proletariats macht zu machen vermöchte. Proletariat und die Arbeiter — ich darf wohl sagen, ohne Unterstützung der Parteien — ist entschlossen, die Republik als einen bürgerlichen Herrschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen und zu erhalten.

Nur die Republik wird nicht geschützt durch die verschiedenen Parteien, die bis jetzt zu ihrer Erhaltung von der Regierung abhängig sind. Wir Kommunisten leben die Verantwortung von dem Augenblick an, die bürgerliche Verfassung zu ändern. Diese Verantwortung ist weiter nicht, als das Kommando, mit dem die Reichsregierung die Angehörigen der bürgerlichen Regierung zur Aufhebung des Ausnahmezustandes erlassen hat.

Wir sind gegen die Verordnung und fordern ihre sofortige Aufhebung. Die Bestimmungen können angewandt werden, wenn sie im Dienste der Republik ist.

Die verantwortliche Art der Durchführung dieser Verordnung ist für uns von größter Wichtigkeit. Nach der Verfassung hat die Durchführung der Ausnahmeverordnung beim Reich und nicht bei den einzelnen Staaten zu liegen. Hier aber wird die Durchführung in die Hände der Landesregierungen übergeben. Die Entscheidung über Gegenstände politischen

der Reichsregierung und den Landesbehörden soll ein Ausschuss des Reichsrats treffen. Unserer Auffassung nach heißt das: Der Reichstag ist nicht anders, als der modern aufgeschminkte alte Bundesrat, d. h. eine Brenne des Fortschritts.

In der Zurückweisung des Ausnahmezustandes finden wir uns nicht nur in Übereinstimmung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie, sondern wir beide von der äußersten Linken sind in eine merkwürdige Gesellschaft geraten, mit den Herren auf der äußersten Rechten. Die Herren haben bis jetzt alle Ausnahmemaßregeln nicht nur in der Theorie, vor allen Dingen in der Praxis gebilligt, sobald sie sich gegen links wendeten, und sie würden morgen Ausnahmemaßnahmen zustimmen, wenn sie genau überzeugt sein können, daß sie nicht gegen sie angewendet werden können, sondern einzig und allein gegen die politischen Gegner ihrer Ausbeutungs- und Verflämungsmassnahmen. (Zehr wahr! bei der Linken.)

Im inneren organischen Zusammenhang mit der sofortigen Aufhebung der Verordnung vom 29. August fordern wir die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Wir wollen damit auch nicht einen einzigen Tag länger warten. Wir wollen auch nicht, unter welchen Bedingungen in Bayern die Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Praxis durchgeführt wird. Die breiten Massen des werktätigen Volkes haben keine Bürgerschaft, ob nicht in neuen Formen und mit anderen Namen das Kapsystem und die Pochnerei weiter gespielt wird.

Ein anderer Antrag von uns fordert die Amnestie für alle politischen Straftaten und die im Zusammenhang mit solchen Straftaten begangenen sogenannten gemeinen Verbrechen und Delikte. Ebenso die Niederschlagung aller Verfahren, die noch schweben oder anhängig gemacht werden können wegen politischer Straftaten.

Wir wollen, daß diese Amnestie ausdrücklich ausgedehnt werde auch auf die einschlägigen Straftaten in der mitteldeutschen Aufstandsbewegung. Wir fordern die Anwendung der Amnestie auch für Mag Holz.

Mag Holz war ohne Zweifel ein aufrechter, revolutionärer Kämpfer, der sich selbstlos für die Befreiung der ausgebeuteten Massen eingesetzt hat. Wir Kommunisten sind weit davon entfernt, die Auffassung von den Methoden und Mitteln seines Kampfes zu teilen und zu rechtfertigen. Wir erblicken in den individuellen Terrorakten kein Mittel des revolutionären Kampfes. Individueller Terror kann den revolutionären Kampfes weder ersetzen noch ihn einleiten, auflösen,



steigern oder irgendwie fördern. Umgekehrt. Er kann unter Umständen schädlich wirken. Aber wir können es beargewöhnen, daß unter bestimmten geschichtlichen Umständen ein Einzelner in einer stagnierenden, vergifteten, umgebenen Atmosphäre aus Verzweiflung auch zu einem individuellen Terrorakt kommt. Es hat sich auch herausgestellt, daß bei der Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland Einzelarbeit eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Wir wollen aber — es ist mir persönlich schwer, es auszusprechen und auch meine Partei hat keine Freude daran, diese Ausnahmemaßnahmen fordern zu müssen — daß die Amnestie nicht gelten soll für die Verbrechen, die im Zusammenhang mit Bestrebungen verübt worden sind, die Monarchie oder die Militärdiktatur wieder anzurichten.

Wir fordern ferner, daß der Reichstag beschließt, die preussische Landesregierung aufzufordern, sofort den berückichtigten Schicksal des weiland sozialdemokratischen Innenministers in Preußen, Seime, aufzuheben.

Wir stimmen im großen und ganzen mit den Anträgen überein, die die Unabhängige Sozialdemokratie zum Schutze der Republik eingebracht hat. Wir fordern in vollster Heberbrückung mit der U.Z.P., daß die Justiz, die Verfassung, die Wehrmacht, die Schule, daß alle Minister und Staatsräte des öffentlichen Lebens von den Feinden der Republik getrennt werden sollen. Es ist die höchste Zeit, daß dies geschieht. Aber wir haben nicht bezweifelt, daß mit den Beschlüssen noch nichts getan ist. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß sämtliche Regierungen, die im Namen der Republik bis jetzt getätigt haben, auch die Regierung der Selbstbestimmungen, die in ihren Händen ruhende politische Macht nicht gebraucht haben, um diese notwendige Reinigung durchzuführen.

Diese Bedrohung der Republik ist nur die zwangsläufige Auswirkung des Zustandes, der nach dem Kapp-Putsch eingetreten ist. Unzweifelhaft ist es die einzige wirklich reale Grundlage für den Schutz der Republik gegen den Ansturm von rechts gewesen wäre, nämlich: Die Bewachung der Arbeiter, die Durchführung des Völkervertrages. (Zehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir wissen es: Der einzig wahre Schutz der Republik ist die Einheitsfront der Arbeiter, aller Arbeiter, aller Einheitsfronten und Verfassungen. (Zehr wahr! bei den Kommunisten.) Heute aber wird gegen die Reaktion ein Schwert gezogen, aber dieses Schwert ist aus Papier, und es wird nur mit einer schmeichelei Worte verstanden werden, wenn es sich um den Kampf gegen links handelt. In Ziele der proletarischen Einheitsfront leben wir, daß die stärkste proletarische Partei im deutschen Reich bereits bereit ist und bereit ist die Einheitsfront zu unterstützen. Im Parlament in der Regierung wird von der Sozialdemokratie eine Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien vorbereitet, die von Schreiermann über Stresemann bis zu Brüning gehen soll.

Und jetzt bedarf man der Reichssozialdemokratie in der Reichsregierung, jetzt verhandeln die bürgerlichen Parteien darüber, daß die Reichssozialdemokraten wieder in die preussische Regierung eintreten, welches zum in die bayerische Regierung — was weiß ich? Warum? Weil die Reichssozialdemokraten ihre Namen unter die neuen erdgebundenen Straßenschilder und unter die Feuerzeichen setzen sollen. Als Stresemann und Stresemann sind sie jetzt der Großbourgeoisie gerade gut genug. Die Herren werden sich durch keinerlei Abmachungen binden lassen. Die Volksparteier werden für ihr plebiszitäres Verstecken vor Republik Konzeptionen stehen am dem Gebiete der Strazen. Und entgegen der Zusammen, deren das Reich für den empfindlichen Centralparlamentarismus jetzt benötigt, wird die Großbourgeoisie dem Reich nichts geben, sie wird nur gegen ganz Frauen leiden. Als Gegenmaßnahme wird sie vor allen Dingen fordern den Verzicht auf die gesamte und unterer jetzigen Heberbrückung nach absolut unabweisbarem Verzichtnahme von einem Teil des kapitalistischen Eigentums. Wir sind dieser Forderung: Um die Rechte zu erhalten, die Republik zu kämpfen, ist ein sozialer Inhalt zu geben, darf das Proletariat nicht nur den bürgerlichen Parteien verhandeln. Die wertvollsten Kräfte müssen in geschlossener Einheitsfront selbst handeln.

Die Entente bedarf vieler Milliarden. Auch dort steht das eigene Land am Rande des Staatsbankrotts, wenigstens in Frankreich. Die Entente bedarf vieler Milliarden für den geplanten Überfall auf Sowjetrußland. Diese Milliarden sollen durch Vermittlung der deutschen Bourgeoisie aus der deutschen Arbeiterklasse herausgeholt werden. Sowjetrußlands Gegenwart und Zukunft ist die Gegenwart und Zukunft des deutschen Proletariats. Zudem es keine Macht einsetzt für Sowjetrußland, dient es seinen eignen Interessen.

Die Einheitsfront des Proletariats kann nur geschaffen werden bei Arbeit und Kampf für die Interessen, gegen die blutigen Gegenwartsnöte des Proletariats. In diesem Kampf wird die Erfahrung der Arbeiter lehren, daß sie die politische Macht in die eigene starke Faust nehmen müssen. Dann werden sie, kraft ihrer Macht, nicht nur die Form der Republik schützen. Sie werden dieser Form neues, gesundes, soziales, fruchtbares, schöpferisches Leben verleihen.

Das aber dank einer politischen, sozialen Neuordnung, die die Macht der Arbeitenden voll zum Ausdruck kommen, wirksam werden läßt.

Das ist die Sowjetregierung, die eines Tages Rechtens sein wird, auch wenn sie aus der Gewalt hervorgeht. Ich sage, die Mätereordnung wird Rechtens sein, so gut, wie heute Ihre bürgerliche Republik und Ihre bürgerliche Verfassung, hervorgegangen aus der Gewalt, verteidigt mit Gewalt, Recht sub. Denn es bleibt bei dem, was Enffalle gesagt hat:

Sei in der Nacht, und Du wachest im Recht! (Schäfer Beifall bei den Kommunisten.)

Abgeordneter Paul Levi (Kom. Arbeitssgem.): Die unzähligen Mordtaten, die die Rechte seit der Revolution begangen hat, haben Richter gefunden, deren Urteile eine Auforderung waren zu weiteren Morden. Die Beamten, die auf der einen Seite ihre Pflicht schändlich vernachlässigt haben, sind um so grausamer gegen die Arbeiter vorgegangen. Als die Braunschweigische Regierung einen Polizeiwachmeister entließ, weil er dem Stahlhelm angehörte, wandte sich die Reichsregierung dagegen mit der Begründung, daß der Stahlhelm nur eine kulturelle Vereinigung sei. Der Redner schildert dann eine Anzahl von grausamen Verurteilungen revolutionärer Arbeiter. Die deutsche Republik ist durch den Willen des deutschen Proletariats geschaffen worden, sie ist keine Regierungsform, die für uns Ewigkeitswert hat, 1918 hätte eine Regierung geschaffen werden können, die dem Proletariat viel mehr Spielraum gegeben hätte. Wir sind überzeugt, daß die Umordnung der sozialen Verhältnisse im Rahmen der gegenwärtigen Republik nicht erfolgen kann. Das wird nur geschehen können durch die Diktatur des Proletariats. Ohne dieses Ziel aufzugeben, werden wir die demokratische Republik gegen die Reaktion verteidigen.

Vorsänger des Braunschweigischen Staatsministeriums Dertter: Wir haben in Braunschweig 54 dem Stahlhelm angehörige Polizisten entlassen. Der Stahlhelm bedroht die öffentliche Ordnung. Wir werden den eingeschrittenen Weg weitergehen und weitere Beamten entlassen. Wir werden uns nicht von den Deutschnationalen zu einer Politik treiben lassen, die die Konterrevolution schützt gegen die Arbeiter. Verantwortlich sind wir den Parlamenten in unseren Ländern, nicht im Reichstag.

Abgeordneter Dr. Rosenfeld (U.S.): Auch unsere Wünsche gehen über die Weimarer Verfassung hinaus. Gegen den Ansturm der Reaktion aber schützen wir sie. Der Kampf hat erst begonnen und wir werden ihn führen, bis wir Sicherheit gegen die monarchistische Bewegung haben. Die Schonung, die die Arbeiterklasse 1918 geübt hat, wird von der deutschen Arbeiterklasse verhängnisvoll empfunden. Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht gewillt, die gleiche Schonung bei nächster Gelegenheit noch einmal zu über.

Von den Forderungen, die die Massen nach der Ermordung Erzbergers aufgestellt haben, ist nicht eine einzige Forderung erfüllt worden. Die Reichsregierung hat Bayern gegenüber ganz bedeutend nachgegeben.

Der Redner fordert die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Kommunist Holz muß endlich im Gefängnis menschlich behandelt werden. Rosenfeld schließt sich auch in der Forderung der Aufhebung des Schießerlasses vollkommen den Ausführungen der Genossin Zetkin an.

Nach wenn unser Gesichtswort zum Schutze der Republik angenommen wird, so teilen wir weiter die Vorbehalte der Kommunisten gegen seine Wirkungen. Die Arbeit hängt dann erst an. Die Vorschläge der Reichsregierung sind ganz und gar ungenügend. Nichts von dem Notwendigsten, was die Arbeiterklasse braucht, ist in ihren Vorschlägen enthalten.

Die meisten Rechtssozialisten haben bis jetzt in der Deutschen Volkspartei nur dieselben Leute gesehen, wie in der Deutschnationalen, aber politisch getrennt. Unser Kampf gilt den beiden Parteien in gleicher Weise.

Zum fegeischen Kampf gegen sie ist die Einheitsfront des Proletariats nötig. Wer sie zerbricht, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und dem deutschen Volke. Der Kampf muß gekämpft werden trotz allen Verfahrungsreden hier im Hause gestern und heute.

Der Rüdigung, dessen der Reichskanzler sich rühmt, war nicht notwendig. Deswegen muß auch der Kampf über das faule Kompromiß hinausgeführt werden. Wir sind frei von der Illusion, daß er hier durch parlamentarische Konzeptionen erledigt werden kann.

Abgeordneter Graf Westarp (D.D.): Wir wollen eine Ehrenklärung des Reichskanzlers für unsere Partei. Wir erheben Beschwerde dagegen, daß der behördliche Schutz gegen den ungeheuren Terror der Sozialdemokraten verfaßt hat. Die Regierung hat die rechtsprechenden Kreise für vogelfrei erklärt. Wir werden uns gegen die Massen auf der Straße mit allen gesetzlichen Mitteln wehren. Wenn die Sozialdemokraten uns weiter mit dem Terror der Straße befehlen, so tragen sie die Verantwortung für das, was sich daraus ergeben kann. Niemals werden sie uns daran hindern, für unsere Ziele unentwegt zu wirken. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Aussprache. Es folgen eine Anzahl persönlicher Bemerkungen.

Zusätzliche Anträge, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Volksgesetze in Bayern, ein Gesetz zum Schutze der Republik, die Amnestie usw. fordern, werden mit Stimmenmehrheit dem Reichsausschuss überwiesen. Die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen die Abgeordneten Reich (Komm.) und Schwanitz (D.D.) wird verfaßt.

Der Antrag der Kommunistischen Fraktion auf Aufhebung der Straftat des Abgeordneten Thomas (Komm.) wird mit schwacher Mehrheit gegen die Rechte und das Zentrum angenommen.

Die Anträge der Kommunistischen und Unabhängigen Fraktion, die eine wirksame Hilfe für die Oppauer Opfer beschließen, werden trotz des Protestes der Kommunisten und Unabhängigen dem Ausschuss überwiesen. Nur ein Antrag, weitere 10 Millionen zur ersten Hilfe für die Oppauer Opfer zu bewilligen, wird genehmigt.

Das Haus vertagte sich. Die nächste Sitzung soll nach dem Stande der Tagesberatung vom Präsidenten einberufen werden, spätestens am 3. November dieses Jahres.

Zur Lage in der Partei.

Von Clara Zetkin.

Die Gegner der Kommunisten jubeln. Abolpff Hoffmann und Ernst Däumig sind aus der kommunistischen Reichstagsfraktion und aus der Partei ausgetreten. Neben dieser Fraktion hat sich eine zweite kommunistische Fraktion unter Paul Levis Führung gebildet: die kommunistische Arbeitsgemeinschaft. Diese beiden Tatsachen werden von der gegnerischen Presse — diesem Zeitungsgeheimtäter, voran die „Freiheit“ — mit frohlockenden Kommentaren und Prophezeiungen über den Zerfall und die Ohnmacht der kommunistischen Partei aufgetischt. Unsere Gegner kommentieren und prophezeien falsch, und sie frohlocken zu früh. Wie so oft ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens.

Die schwere politische und organisatorische Krise, von der unsere Partei erschüttert wurde, ist in der Hauptsache beendet. Der fortschreitende Gesundungs- und Erstarlungsprozess wird nur von Jenen nicht gesehen, die ihn nicht sehen wollen. Aber eine politische Partei ist ein lebendiger Organismus, kein toter Mechanismus, der sich durch das Drücken auf einen Leitungsknopf im Ru umstellen läßt. Es ist daher unvermeidlich, „naturgegeben“, daß die Krise noch nachzittert. Das gilt nicht bloß für den Gegensatz der Meinungen über Theorie und Praxis der Parteipolitik, das gilt nicht minder für die Atmosphäre, die vor dem Parteitag durch die überwiegend unpolitische Art des Austrags der Meinungskämpfe geschaffen worden war. Die kommunistische Partei wird daher in nächster Zukunft voraussichtlich noch auf Einzelercheinungen gefaßt sein müssen, in denen der Fraktionsstreit um die Märzaktion weiterlebt. Einzelercheinungen von hüben und drüben. Die Partei wird diesen Stand der Dinge um so rascher und gründlicher überwinden, je klarer, entschlossener und geschlossener sie sich bei Arbeit und Kampf auf den Boden der Beschlüsse des 3. Internationalen Kongresses zu Moskau stellt, die der Parteitag zu Jena zu den seinen gemacht hat.

Es wäre ebenso töricht als unwürdig über Einzelercheinungen der gekennzeichneten Art teilweise mit einem geringfügigen oder ergeben resignierenden Achselzucken hinwegzugehen. „Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen, der Name des Herrn sei gelobt.“ Wer wollte z. B. behaupten, daß die Partei das Ausscheiden zweier so treuer Vorkämpfer des Proletariats wie Abolpff Hoffmann und Ernst Däumig nicht als Verlust empfindet? Gewiß: es ist bedauerlich, daß diese beiden nicht mehr im Namen unserer Partei zu den proletarischen Massen sprechen, daß ihr erfahrener Rat uns fehlen wird. Es ist bedauerlich, daß die in der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossenen „Sieben“ nicht mehr in Reih und Glied der Partei wirken und kämpfen. Die Partei muß wachen, ohne ängstliche Nervosität, aber mit scharfem Blick, daß die Abspaltung einzelner Führer weder kräftezerstörernd noch kräfte lähmend sich in der Partei auswirkt. Kein mutloses, jagendes Verstecktesuchen Einzelner oder kleiner Gruppen im Schmolzwinkel. Keine Zerrüttung und Abspaltung von Parteimassen. Kein Aufkommen abwegiger Organisationsphantasien, die den Hauptaufgaben der Partei Kräfte entziehen und die Gefahr von Fraktionsbildungen und Abspaltungen in sich tragen. Jedoch damit ist die Aufgabe der Partei angesichts der Situation nicht erschöpft.

Es ist gewiß eine Binsenwahrheit, daß man im politischen Leben nicht mit Kanonen auf Spahen schießen soll. Es ist aber auch ein Gebot der Klugheit, vorzubauen und rechtzeitig einzugreifen, mit der Bekämpfung eines Schadens nicht zu warten, bis aus einem kleinen Uebel ein großes geworden ist. Auf den gegebenen Fall angewendet: Die Partei darf nicht beschaulich zusehen, bis aus der Gruppe der Sieben Siebzig, Siebenhundert und Siebentaufend geworden sind. Die Konsolidierung der Fraktion der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft ist nicht zu bewerten als harmlose Privatangelegenheit einzelner Per-

sönlichkeiten, die wädhnen, um der kommunistischen Sache willen der kommunistischen Partei den Rücken kehren zu müssen. Sie besagt nicht friedlich-schiebliche Erweiterung und Stärkung der kommunistischen Bewegung über die Grenzen der Partei hinaus, durch „Mitbergnigte“, aber „Sympathisierende“. Sie läuft in der Praxis hinaus auf Drohung, Schwächung, Loderung, ja Spaltung der Partei, auf Gegnerschaft wider sie.

Fraktionelle Tendenzen haben in der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft ein festes organisatorisches Gefüge erhalten. Sie haben eine eigene parlamentarische Vertretung und ein eigenes Organ: „Unser Weg“. So wenig es die Partei dulden darf, daß sich die Tendenzen einzelner Genossen oder auch Organisationen „links“ zu unklar revolutionsspielerischen KAV-Stimmungen sich zerstörend ausbreiten und organisatorisch beseligen, so wenig darf sie das auf der „Rechten“ zulassen. Denn es liegt auf der Hand: die Entwicklung der Dinge kann bei der Konstituierung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag und der Veröffentlichung von „Unser Weg“ nicht

Weshalb verbreiten sich Seuchen in Sowjetrußland?

Der Menschewik und alle Bürgerlichen schreien es im Chor:

„Der russische Bauer ist so unkultiviert, er hält keine hygienischen Vorschriften ein und die Bolschewiken haben zu früh Revolution gemacht! Erst hätte man Kultur schaffen sollen!“

Der vernünftige Arbeiter aber sagt: „Die Blockade hat die besten Arbeiten der Bolschewiken zunichte gemacht. Wo keine Medikamente vorhanden sind, da können keine hygienischen Vorschriften eingehalten werden!“

Arbeiter, sammelt, damit wir Medikamente nach Rußland schicken können! Dann werdet ihr sofort sehen, ob die Bolschewiki etwas für die Kultur getan haben.

stehen bleiben. Sie treibt zur Rekrutierung und Organisation einer politischen Gefolgschaft.

Die fraktionellen Tendenzen der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft können sich nicht damit begnügen, in der kalten, unfruchtbaren Atmosphäre des Reichstags zu verhallen, auf dem Papier einer Zeitschrift literarisch zu vegetieren. Sie müssen danach trachten und drängen, politische Macht zu werden, die sich durchzusetzen im Stande ist. Das kann nur geschehen durch die Sammlung und Organisation proletarischer Massen, und diese Sammlung und Organisation würde sich vollziehen auf Kosten der kommunistischen Partei, in Gegnerschaft zu ihr, im Kampfe mit ihr. Voraussetzungen ihres Erfolges sind Abspaltung, Organisierung von unserer Partei und Schwächung, Ablenkung des Stroms Organisationswilliger zu ihr.

Die Gründung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft ist bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt der Anfang des Versuchs, die kommunistische Partei zu spalten oder zu überrennen. Es ist kein Mittel, sie zu erneuern und zu befestigen. Die Mängel, Fehler, Schwächen, Irrungen der Partei sind keine Rechtfertigung, kein positives Programm für eine neue Parteigründung. Sie sind Mahnung, Pflichtgebot, in der Partei zu bleiben, um den Prozeß ihres politischen und organisatorischen Reifens und Erstarrens zu unterstützen und zu beschleunigen. Solche Unterstützung erfolgt durch Arbeit und Kampf mit ihr und nicht in Arbeit und Kampf gegen sie. Die Situation innerhalb der kommunistischen Partei, wie außerhalb ihrer ist so aufgaben- und verantwortungsvoll, daß jede Zerspaltung und Schwächung der Parteikräfte in ihrer Auswirkung Schlimmeres ist als ein unbegrifflicher politischer Rechenfehler: eine große Schuld. Das aber nicht bloß gegen die kommunistische Partei Deutsch-

lands, vielmehr gegen das deutsche Proletariat, dem diese eine ebenso mutige als klug besonnene Führerin werden muß, gegen die kommunistische Bewegung, das Proletariat aller Länder.

Die kommunistische Partei darf daher der fraktionellen Organisationsaktion nicht in „wohlwollender Neutralität“ gegenüberstehen. Sie muß den Fehdehandschuh aufnehmen, der ihr ins Gesicht geschleudert worden ist. Sie hat mit aller Schärfe und Entschiedenheit auch den kleinsten Versuch, zu bekämpfen, Anhänger für die kommunistische Arbeitsgemeinschaft zu werben, Sitzplätze, Sammlungsstellen irgend welcher Art für sie zu schaffen. Es versteht sich, daß der notwendige Kampf streng sachlich werden muß, als politischer Kampf, dessen Hauptzweck ist die Aufklärung und der Zusammenschluß proletarischer Massen innerhalb der Partei, im Dienste der Revolution.

Ein anderes ist selbstverständlich. Der Kampf gegen die „Fraktion Levi“ allein schützt die Partei nicht gegen die bösen Folgen dieser Fraktionsbildung. Das wirksamste Mittel dazu ist die Betätigung, die Politik der Partei. Gezielte Aktivitäten auf allen Gebieten, gegenüber jeder Aufgabe, in jeder Stunde, zielklare und wegsichere Politik, um die proletarischen und sich proletarisierenden Massen zu sammeln, mit Erkenntnis, Lauffkraft und Opferfreudigkeit für ihr geschichtliches Ziel, für die Revolution zu erfüllen — und der „Fraktion Levi“ wird der Entwicklungsboden entzogen, sie bleibt ein von den Massen isolierter Parteispalter wie die KAV. Das organisierte Unternehmertum hat die Generaloffensive zur verschärften Ausplünderung und Verflavung des Proletariats begonnen. Die Bourgeoisrepublik wird sie durch Steuererhöhung, Arbeitertruggesetzgebung, politische Anebelung ergänzen. Die Entente bereitet den militärischen Ueberfall auf Sowjetrußland vor. Die Situation schreit nach der proletarischen Einheitsfront, verlangt kühn wägende und kühn wägende kommunistische Führung. Nur im engsten Zusammenhang mit den proletarischen Massen arbeitend und kämpfend wird die kommunistische Partei Führung und Führereignung erlangen. Ihr Schiff muß hinaus auf die hohe See der revolutionären Massenkämpfe. Es darf weder an den Klippen anarchisierender, putschistischer Revolutionsromantik zerfellen und zerpfittern, noch auf die Sandbänke des Kompromißsuchens, kampfscheuenden Opportunismus auflaufen. Die Partei hat einen guten Kampf: die Beschlüsse des kommunistischen Weltkongresses. Was tut, wenn einige Leute der Bemahnung desertieren? Was verschleißt, wenn mehr Geaner, mehr Schwierigkeiten drohen? Der Kurs der Partei ist klar, er geht gradaus, dem Feind entgegen: dem Kapitalismus. Wir haben nur eine Lösung: Soldatendampf, vorwärts!

Der Schlesische Landbund und die erhöhten Brotpreise.

Der „Schlesische Landbund“, das Organ der „notleidenden“ Großagrarier, verteilt ein Flugblatt in einer Auflage von Hunderttausenden, um den Brotkonumenten den erhöhten Brotpreis schmachhaft zu machen und die Schuld an der Preiserhöhung von sich abzuwälzen. Bei dieser Reinwaschung stellen sie zunächst das Exempel auf, daß der jetzige Brotpreis nur gehalten werden konnte, weil die Regierung einen äußerst hohen Zuschuß zahlte. Das Flugblatt des Landbundes gibt an, daß das Reich für Auslandsgetreide pro Zentner 360 Mark gezahlt habe. Dies steht im Widerspruch zu der Reichsanzeiger Notierung, wo im Juli für eine Tonne Weizen 4000 Mark gezahlt wurden. Rechnet man dazu 700 Mark Frachtkosten, dann kommt der Zentner auf 230 bis 240 Mark.

Das Flugblatt des Landbundes gibt ferner an, daß der Preis für das sogenannte Umlagegetreide 107.50 Mark beträgt. Die Preise für freies Getreide haben sich angeblich noch nicht entwickelt. Demgegenüber steht fest, daß laut Bericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsministeriums am 29. Juli das freie Inlandsgetreide verkauft wurde: Weizen der Zentner mit 230 Mark, Roggen der

Die Lage in Polen.

Die politische und wirtschaftliche Lage Polens ist verworrener als je vorher. Das Salutaend mit allen seinen schweren Folgen für das Proletariat ist noch größer als bei uns, wurden doch in diesen Tagen für einen Dollar mehr als 6000 polnische Mark gezahlt. Nach einer Mitteilung des „Nurjer Volks“ in Warschau gilt die Mark im inneren Geldumlauf bereits nicht mehr als Zahlungsmittel. Sie dient nur zu Einkäufen von Tag zu Tag. Selbstverständlich leidet das Proletariat am meisten unter der Entwertung des Geldes, da die Löhne auch nicht einigermaßen entsprechend der daraus folgenden Teuerung steigen. Obwohl unsere kommunistischen Genossen aufs brutalste verfolgt werden, ist es ihnen doch gelungen, diese Lage für unsere Bewegung auszunutzen und den kommunistischen Gedanken im polnischen Proletariat zu verbreiten. Die Krankheitskassenwahlen in Warschau, bei denen die kommunistische Liste die meisten Stimmen erhielt, kann als Gradmesser der Erfolge unserer Genossen angesehen werden. Freilich ist die Arbeit unserer Genossen ungeheuer schwer; denn sie sind gezwungen, auf illegalem Wege vorzugehen.

Es ist den jetzigen polnischen Machthabern immer wieder gelungen, aller revolutionären Bewegungen Herr zu werden dadurch, daß sie dem Nationalismus durch eine maßlos imperialistische Politik stets neues Leben zuführen konnten. Diese imperialistische Politik ist indessen bei der führenden Macht des Völkerbundes, bei England, auf heftigen Widerstand gestoßen. Der Völkerbund hat in der Wilnaer Frage das zweite Projekt Sanktions angenommen, das die Einberufung eines eigenen Landtags im Wilnaer Gebiet vorsieht, um diesen über die Zugehörigkeit des Landes entscheiden zu lassen. Da die Entscheidung dieses Landtags zweifellos gegen Polen ausfallen würde, bedeutet die Annahme des Projekts Sanktions eine Niederlage der polnischen Politik. Es ist nicht ohne Interesse, daß durch den kanadischen Vertreter im Völkerbund die offizielle Frage angefaßt worden ist. Der kanadische Vertreter war der Ansicht, daß Polen, das sich in der obersteuropäischen Frage auf den Nationalitätenstandpunkt stellt, diesen Standpunkt auch in der offiziellen Frage einnehmen müsse. Die Gefahr, daß unter englischem Einfluß Maßnahmen unter der Verwaltung einer internationalen Kommission gestellt wird, ist in bedenklicher Nähe gerückt. Anderem sind unter dem Eindruck dieser Verhandlungen des Völk-

bundes die Selbständigkeitsbestrebungen der Ukrainer Ostgaliziens wieder lebhafter geworden. Auch die Nachrichten über die Lösung der obersteuropäischen Frage lauten für Polen nicht sehr günstig. Es ist offenbar, daß die englische Regierung, deren Anhänger im Völkerbund in der Mehrheit sind, die obersteuropäische Frage in deutschfreundlichem Sinne geregelt sehen will.

Die verschiedenen harten Stöße, die die imperialistische polnische Politik erhalten hat, haben die innerpolitische Lage Polens bedeutend erschüttert. Das neue Beamtenkabinett Bonikowski, das kaum seine Arbeit begonnen hat, wird von links und rechts so heftig angegriffen, daß man ihm nur eine kurze Lebensdauer voraussetzt. Der einzige Grund, warum dieses Kabinett überhaupt am Leben ist, besteht darin, daß bei der allgemeinen Korruption kaum ein Erfolg gefunden werden kann. Die polnischen Abgeordneten haben nämlich begonnen, das Beispiel der Abgeordneten des verbündeten Rumänien nachzuahmen. Nach einer Meldung des „Przelgab Wiedzorny“ haben zahlreiche polnische Sejm-Abgeordnete Konzeptionen erlangt, Aktiengesellschaften gegründet, Güter zur Parzellierung erworben und Wälder zum Abholzen gekauft. Es gebe Abgeordnete, die ein Duzend von fetten Einkünften in Aktiengesellschaften innehaben nur deshalb, weil sie Abgeordnete sind.

Inzwischen hat das neue Ministerium sich dem Sejm vorgestellt. Der neue Finanzminister, der Bankdirektor Mikalski, hat für die Annahme seines Amtes eine Reihe von Bedingungen gestellt. Unter anderem verlangt er die Suspension der Durchführung der Bodenreform, die Aufhebung des Awtizundentages und eine Einschränkung im Kriegsbudget. Die Zentralkommission der Gewerkschaften hat in einem Brief an den Ministerpräsidenten und an den Arbeitsminister gegen diesen Anschlag protestiert und erklärt, daß sie eine Verlängerung des Arbeitstages nicht zulassen werde. Sämtliche Gewerkschaften wurden von ihren Zentralen aufgefordert, für keinen Fall eine Verlängerung des Arbeitstages zuzulassen. Die Organisationen sollen Massensammlungen veranstalten, um gegen die Absicht der Regierung zu protestieren. Da den Arbeitern in den Staatsbetrieben, besonders den Eisenbahnern, die größte Gefahr droht, werden ihre Gewerkschaftsorganisationen zu rücksichtslosem Widerstand aufgefordert.

Infolge der verworrenen wirtschaftlichen und politischen Lage Polens wird die Gefahr, daß sich irgendeine polnische Re-

gierung aus dem inneren Chaos durch einen Krieg gegen Sowjetrußland retten will, immer größer. Wie ernst die rußlandfeindlichen Absichten in Polen sind, geht aus den verlogenen Ablehnungsversuchen der polnischen Regierung hervor. Bekanntlich hat die polnische Regierung in ihrer Antwortnote an Sowjetrußland die französische Demarche vom 5. September, in der die französische Regierung Polen und Rumänien zu einem Ultimatum an Sowjetrußland veranlaßte, abgelehnt. Die Sowjetregierung hat vollgültige Beweise in der Hand für die Wahrheit ihrer Behauptungen. Jetzt liegt abermals ein besonders plumper Versuch der polnischen Machthaber vor, um das europäische Proletariat über die Angriffsabsichten Polens hinwegzutäuschen. Es versucht nämlich zu bestreiten, daß es an Rußland ein Ultimatum geschickt habe, in dem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen angedroht wird. Die polnische Gesandtschaft in London hat der Presse den Text der Note übergeben, die am 14. September vom polnischen Gesandten in Moskau der Sowjetregierung überreicht worden war. Die amtliche polnische Erklärung fügt hinzu, sie überlasse es dem Urteil eines jeden unparteiischen Lesers, die Richtigkeit und die Berücksichtigung richtig einzuschätzen, von der diese Kundgebung der polnischen Regierung erfüllt war. Das Pariser rechtssozialistische Organ „Populaire“ schließt sich ebenfalls dem Schimpfkonzert gegen Sowjetrußland an.

Der „Daily Herald“ stellt nun aber die Tatsachen richtig. Polen hat im September zwei Noten an die Sowjetregierung gerichtet. Die eine wurde am 14. September in Moskau übergeben, und das die Note, deren Text die polnische Gesandtschaft in London veröffentlichte. Die zweite Note mit dem Ultimatum ist aber vom 19. September. So ist die polnische Bauernführerei überführt.

Gerade diese Täuschungsversuche der polnischen Regierung beweisen den ganzen Ernst der Lage. Polen, wirtschaftlich bankrott, mitten in einer wachsenden revolutionären Bewegung seines Proletariats, distanzierbar durch die Niederlagen, die ihm der Völkerbund bereitet hat, vorwärtsgetrieben von den französischen Imperialisten und Völkernägern, leht seine Vorbereitungen zu einem Angriff gegen Sowjetrußland fort. Die Einberufung zweier Jahrgänge, die einer teilweisen Mobilisierung gleichkommt, beleuchtet auch die Situation. Die schärfste Wachsamkeit des europäischen Proletariats ist notwendig.

rentner mit 175 Mark, dazu kommen noch die Frachtkosten. Es ist also eine bewusste Freiführung des Landbundes, wenn er angibt, daß der freie Getreidepreis sich durchschnittlich auf 160 Mark stellen würde.

Die Großagrarien, die sehr gute Kapitalisten sind, haben schon jetzt eine Kampagne begonnen, um gegen die Ablieferung des billigen Umlagegetreides Sturm zu laufen. Sie stellen fest, daß in Deutschland auf Grund der Dürre eine schlechte, ja eine Missernte zu erwarten sei. Wenn aber ausschließlich die Getreidernte noch zu ertragen sei, müßte doch die Landwirtschaft für die Missernte in Futtermitteln, Zuderrüben und Kartoffeln entschädigt werden, indem man die Menge des zu festgesetzten Preisen abzuliefernden Getreides herabschne.

Die Landwirtschaft und ihre Organe nehmen als selbstverständlich hin, daß ihre Preise auf die Höhe der Weltmarktpreise gebracht werden. Ja, wie wir oben feststellten, bedeutet die jetzige Preisforderung für freies Auslandsgetreide eine wesentliche Uebersteigerung der Weltmarktpreise. Die Organe des Landbundes schimpfen und heken aber auf die Arbeiterschaft, daß sie verlangt, Erhöhung ihrer Löhne auf den Weltmarktsstand. Die Kreise, die in ihren unverschämten Forderungen sich nur leiten lassen vom blinden Egoismus, belächeln die Arbeiterschaft aufschärfte in ihrem Kampf gegen die Verelendung.

Viele Arbeiter haben noch den Glauben, daß durch die Forderung des Preisabbaues etwas zu erreichen sei. Demgegenüber steht das Bestreben und die Tatsache, daß die Preise für die Bedarfsgegenstände aller Art den Weltmarktpreis schon erreicht, zu einem Teil schon überschritten haben. Durch die kommenden Steuern werden die Preise noch mehr steigen. Deshalb gilt es mit aller Kraft zu kämpfen gegen die Preissteigerung für eine allgemeine Lohn- und Löhnerhöhung, für Löhne, die den deutschen Arbeiter in die Lage versetzen, zunächst nicht zu verhungern, aber auch das unwürdige Joch des Schmutzkonkurrenten gegenüber den Klassenangehörigen in den anderen Ländern abzuwickeln.

Das Proletariat muß erkennen, daß es um diese Forderungen kämpfen muß im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, trotz des Geschreis von der darauf folgenden Unmöglichkeit des Aufbaues einer gesunden Wirtschaft. Das Proletariat muß aber auch erkennen, daß eine wirkliche, grundlegende Aenderung seiner Lebenslage nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems herbeigeführt werden kann. Der Kampf, den das Proletariat auf Grund seiner Macht, die es mit seinen zehn Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter hat, zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage führen muß, ist deshalb eine Etappe in dem Kampf um die Eroberung der proletarischen und wirtschaftlichen Macht. Diesen Kampf vorzubereiten, die Masse der Indifferenten und der sozialdemokratischen Nachläufer dafür zu gewinnen, ist also jetzt die heiligste Pflicht aller revolutionären Arbeiter.

Briefverkehr sich verzögert und die Klagen der Tageszeitungen durchaus berechtigt sind. Da Beschäftigungsmöglichkeiten aus-reichend vorhanden sind, stellen sich die Entlassungen als Unfin-gigkeiten höchsten Grades dar, lediglich nur dadurch veranlaßt, daß nach wie vor noch der Antischimmel das Gnadenbrat im Betriebe frist und der verantwortlichen Leitung jeder kaufmännische Weitblick, soziales Gefühl und Gesegensentzucht fehlt. Die wegen der Entlassungen von der Organisation geführten Verhandlungen mit der hiesigen Ober-Postdirektion verliefen aus den vorstehenden Gründen ergebnislos. Die Postarbeiter werden somit gezwungen, zur Selbsthilfe zu schreiten. Die Auf-führungen des Reblers klagen aus in die Forderung: Recht auf Arbeit, Recht auf Leben.

Die Diskussionen unterstrichen die Ausführungen des Reblers und geshielten besonders scharf die Reaktion, die sich von Tag zu Tag breiter im Volkstriebe macht. Beschäftigtes Gummigewissen dieser „kaiserlichen“ Beamten der Republik haben, läßt sich aus dem Gefagten erkennen. Nicht sachliche Notwendigkeit liegt zu den Entlassungen vor, sondern nur Willkür-akte dieser reaktionären, monarchistischen Beamtenclique. Das neue kommende Gesetz zum Schutze der Republik wird in dieser Beziehung sehr heilsam wirken und etwas mehr republikanische und soziale Luft in die Schreibtischen dieser Bürokraten wehen lassen.

Eine Entschließung im Sinne des Referenten, die an das Solidaritätsgefühl aller Arbeitenden appelliert und die For-derungen präzisiert, wurde einstimmig angenommen.

Koltsbrickets ohne Bezugscheine.

Wir weisen auf das Inserat der städt. Brickettfabrik hin, wonach ohne Bezugscheine Koltsbrickets zur Zentralheizung und zum Streuen der Steinkohlen Verwendung finden können.

Aus der Provinz.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Das Schlesische Landesarbeitsamt überendet uns für die Zeit vom 15. bis 21. September folgenden Wochenbericht: Wesentliche Aenderungen in der Arbeitsmarktlage waren in der Berichtswochen nicht zu beobachten. Die günstige Entwicklung hat auch weiterhin angehalten, wenn sie auch verschiedentlich durch die allenthalben sich zeigenden Lohnbewegungen gestört wird.

In der Landwirtschaft nahm die Vermittlungstätigkeit infolge des Bedarfs an Arbeitskräften für die Gachfrüchte erheblich zu. Besonders starke Nachfrage bestand an jüngeren Burschen und weiblichen Arbeitskräften.

Im Bergbau ist die Arbeitsmarktlage unverändert. Der Streit bei der Braunkohlengrube „Babina“ bei Muskau O. L. konnte beigelegt werden. Dagegen ist die Belegschaft der Grube „Erika“ bei Hohnerswerda in Streit getreten; Verhandlungen

ren Löhne bei Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu zahlen. Die Arbeiterschaft nahm damals dieses Angebot mit großem Widerstreben allerdings an in der Erwartung, daß am 1. Oktober eine entsprechende Nachzahlung für die zurückliegende Zeit der Feuerung erfolgen würde.

In den letzten Tagen haben nun wieder Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter stattgefunden. Die ganz geringen Zugeständnisse der Arbeitgeber wurden von der Gegenseite abgelehnt. Für die Arbeiter ist eben kein Geld da. Die Unternehmer wählen im Golde. Die kostspieligsten Bauten werden ausgeführt, nur um die Miesengewinne etwas verschleiern zu können. Und infolge des Sinkens unseres Marktwertes fließt der Papierstrom immer stärker. Die lächerlichsten Einwürfe werden von Unternehmern bei Forderungen der Arbeiterschaft vorgebracht. Letztlich sagte Direktor Seiler-Waldenburg, die Firma müsse schon das alte Eisen verkaufen, nur um die Löhne zahlen zu können. Dabei verteilte die Firma im letzten Geschäftsjahr 25 Prozent Dividende und nahm noch Abschreibungen in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark vor. Dividenden von 30 bis 50 Prozent sind in der Porzellanindustrie die Regel. Einen Vorschlag möchten wir der Firma Krister machen, um den Geschäftsbetrieb etwas zu verbilligen. Das ist: Die Entfernung des Direktors Seiler von seinem Posten. Dadurch wird 1. ein enormes Gehalt gespart, und 2. ist es ihm dadurch nicht mehr möglich, durch unfsünige Experimente ungeheuer viel Geld zu verschleudern und dabei die Qualität des Geschirres dauernd zu verschlechtern. Ueber-stüßiger wie dieser Herr ist niemand im ganzen Betriebe. Und solche Größen wie hier sind in den anderen Betrieben der Umgegend auch vorhanden. Mit den Zuständen bei der Firma C. Tisch-Altwasser werden wir uns noch einmal besonders befassen.

Besonders „vornehme“ Gesinnung zeigen die Inhaber der Firma Franz Prause, Porzellanfabrik in Niedersalsbrunn. Einer dieser Herren sagte einer Arbeiterin auf ihr Gesuch um höhere Entlohnung folgendes: „Sehen Sie zu, daß Sie Kinder bekommen, dann zahlen wir Ihnen Kinder-geld.“ Einer anderen Arbeiterin, die Kindergeld haben wollte: „Wir haben Ihnen doch die Kinder nicht gemacht.“ Bei einer anderen Gelegenheit sagte dieser Herr: „Wer mit Lohnforderungen kommt, den haue ich mit der Peitsche hinaus.“ Der Herr soll es nur jetzt versuchen. Die Folgen möge er sich selbst zuschreiben.

Lange genug, viel zu lange hat die Porzellanarbeiterschaft geduldet und geduldet. Jetzt ist der Geduldsfaß den endlich geplatzt. Die Arbeiterschaft der Porzellanfabriken im Waldenburger Bezirk ist fest und einmütig entschlossen, sich das, was sie zu ihrer menschenwürdigen Existenz bedarf, wenn es nicht anders geht, dann mit den schärfsten Mitteln zu erkämpfen.

Meißlein. Am 24. September sprach hier der Reichstagsab-geordnete Schmidt-Berlin über die Republik und ihre Feinde. Nachdem er sich gegen die Deutschnationalen gewandt hatte, ohne zu sagen, daß die Herren Simmes und Stresemann, die neuen Koalitionäre auch nicht viel besser sind als Bergt und Selferich, stimmte er ein Loblied an auf die Vorzüglichkeit des neuen Göttinger Programms, daß endlich vor aller Öffentlichkeit feststelle, daß die SPD. aus dem negierenden Zustand in den der positiven Mitarbeit im Staate herausgetreten sei.

Genosse Honisch betonte, daß nicht erst das Göttinger Pro-gramm die Freundschaft der SPD. mit der Bourgeoisie dokumen-tiert habe, sondern daß die Tätigkeit seit Kriegsabbruch schon nicht mehr im Interesse der Arbeiter gelegen habe. Die sozialdemokratischen Arbeiter müßten sich loslösen von dieser Partei, um den Forderungen der „Verwacht“ vor dem Göttinger Parteitag, sich auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen, nachzukommen.

Berammlungskalender.

Fenzig. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Perbig, außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Ge-nossen haben zu erscheinen. Die Leitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48.

AAAAAA
Für Flechten-Kranke!
Knochen-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenhehl** in 8 bis 14 Tagen. Preis 25 Mark. **F. Maier, Heilbad, Bremen.** Große Krummenstraße 23. Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Bekanntmachung.
Vom 1. Oktober ab können Koltsbrickets ohne Bezugscheine, also marktfrei, abgegeben werden. Koltsbrickets haben einen Heizwert von 6500 Wärmeinheiten und eignen sich insbesondere für Zentralheizungen und Füllöfen. Sie können aber auch als Streckmittel für Steinkohlen Verwendung finden. Der Zentner wird ab Brickettfabrik frei Fabrik mit 19.— M. verkauft, bei größerer Abnahme wird Rabatt gewährt. Die Anfuhr übernimmt auf Wunsch die Brickettfabrik zu den vorgeschriebenen Preisen. Bestellungen sind an die städt. Brickettfabrik, Lindenstr. 3, oder an das Büro der Gastwerke, Breiterstr. 2, zu richten. — Lediglich für den Fernverkehr müssen Sonderbezugscheine, die auf das Kohlenkontingent keinen Einfluß haben, beim Reichskohlenkommissar beantragt werden, bei deren Beschaffung die Brickettfabrik behilflich sein wird. Städt. Brickettfabrik.

Sie bestelle hiermit — Exemplar der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Section der Kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 RM., wöchentlich 1.20 RM.
Name: _____
Beruf: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____

Breslauer Nachrichten.

Die Stadtverordneten bewilligen 25 000 Mark für die Opfer von Oppau.

In Ergänzung des Magistrats, der 10 000 M. beantragt, stellt Wollf (Soz.) den Antrag, die Summe auf 25 000 M. zu erhöhen, da man durch Abschmung der Ehrenurkunde 27 000 M. gespart und das Geld für die Opfer der entsetzlichen Katastrophe, die jemals die Industrie betroffen, besser angewandt sei. Die Bürgerchaft werde das schon verstehen. Stadtrat Freiser erklärte, daß der Antrag auf Anschaffung einer Ehrenurkunde in anderer Form bald wiederkehren werde, die Versammlung bedenken möge, daß sie fremdes Vermögen verwalte, und es viel-leicht genug sei, wenn man die Summe von 10 auf 25 000 M. erhöhe. Demgegenüber betonte Stadtr. Freiser (Soz.), daß es die Pflicht sei zu helfen. Ein so ungeschicktes Unglück werde sich hoffentlich nie wiederholen. Seher Herr Stadtrat Freiser mit so großer Sicherheit wisse, daß die Vorlage mit der Ehrenurkunde wiederkehren, sei ihm ein Rätsel. Er erwarte so viel republikanischen Geist, daß zur Belohnung für der Stadt ge-leistete Dienste eine Ehrenurkunde für den jertschittlich Deut-schen nicht notwendig sei. Stadtrat Freiser erklärte, daß solche Unglücke periodisch wiederkehren und daß bei dem Unglück in Oppau in erster Linie die chemische Industrie eintraten werde. Sein Geisgenosse Städt. Dr. Woblauer (Dem.) betonte, daß es wirklich nicht angebracht sei über die Vorschläge des Magistrats hinauszufragen. Koch einmal wies Stadtr. Wollf (Soz.) darauf hin, daß die Versammlung wohl wisse, was für Gelder sie zu verwalten habe, daß aber die Leichtigkeit es wohl verstehen werde, wenn man mehr gäbe. Die Industrie, die ja für das Unglück zunächst aufzukommen habe, wird zunächst für die Sicherung des eigenen Kapitals Sorge tragen, ehe sie an die unglücklichen Opfer denke. Die Vorlage wurde daraufhin mit dem Ergänzungsantrag Wollf angenommen und 25 000 M. für die Opfer von Oppau bereitgestellt. Bemerkenswert war, daß für die erhöhte Summe Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationale stimmten, während die Demokraten verweigerten.

Massenentlassungen im Breslauer Postbetriebe.

Am 2. September fand im Gesellschaftshaus „Stratowia“ in Breslau eine von dem Deutschen Reichsbund, Zeitung Post und Telegraf, einberuene Protestversammlung der Postarbeiter und -arbeitnehmer statt, um zu den ansehnlichen und noch kommenden Massenentlassungen der Postarbeiter Stellung zu nehmen. Der Vertreter des Deutschen Reichsbundes überbrachte die Zusammenfassung der Protestaktion, die die Reichsbundverwaltung in zwei Punkten liegen. Zuerst ausgehend, daß die Postverwaltung die Ansicht vertritt, daß nur die Postar-beiterschaft an den Fehlern des Postbetriebes schuld ist, zeige der Rekrut, wie gerade bei dieser Verweisung mit dem Geldern der Zentralfabrik Schuldlos getrieben wird. So hat das Breslauer Postbetriebe, um die monatlichen Postbesitzer im mittleren Dienst los zu werden, ohne irgend welche Gegenleistung nach 160 000 Mark als Entschädigung gezahlt, um nur die Fehler der höheren Postbeamtenhaft dort unterzubringen. Von den Postarbeitern will man nun, höheren Verhältnissen nach, 70 auf die Strafe setzen. Das alles soziale Verbrechen hat und durch das unethische Verhalten der Reichsbundverwaltung in Breslau ist infolge des zu mindestens breiten realistischen Beamtenstandes gar nicht anders denkbar. Diese einzel-nelichen Bürokraten gehen über Leichen, um ihre Taschen zu erpfüllen.

Nachweisbar ist es, daß in keinem Betriebe, bei keiner Ver-kehr, die Löhne des Betriebsangehörigen größer ist, als gerade hier in Breslau bei der Reichspost. Zur Sache der Ent-lassung selbst hätte der Rekrut fest, daß anstehende Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind, der Verkehr bei der Post nicht ab-, sondern zugenommen habe. Ja, infolge des größereren Verkehrs sogar Mangel an Arbeitskräften eingetreten ist, so daß die ordnungsgemäße glatte Abwicklung des Post- und

Es erscheint am Mittwoch eine Broschüre (16 Seiten) über den

Prozeß des Genossen Klein vor dem Schwurgericht.

Wir fordern alle Ortsgruppen auf, sofort Bestellungen zu machen beim Sozialistischen Verlag, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

wegen Wiederaufnahme der Arbeit schweben zurzeit noch. Wegen Lohnunterschieden streiten die Arbeitskräfte der Firma Thust & Häbnel, Karmorwerke in Gnadenfrei; es wird jedoch gehofft, den Streit baldigst beilegen zu können.

Die Beschäftigungslage in der Oberlausitzer Glas-industrie scheint sich etwas günstiger zu gestalten, da die vor einigen Wochen angeführten Entlassungen vermieden werden konnten.

In der Metallindustrie hält die Besserung der Arbeitsmarktlage nach wie vor an. So konnten in Liegnitz sämtliche erwerbslose Zäpfler untergebracht werden.

Auch im Holzgewerbe hält die Aufwärtsbewegung an; namentlich fanden Neueinstellungen in der Möbelstickerie statt.

In der Papierindustrie konnte eine Anzahl Neueinstellungen, besonders im Habelschwerdter Bezirk, beobachtet werden.

Nach wie vor günstig ist die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie, wo zum Teil qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maße nicht beschäftigt werden konnten.

Im Nahrungsmittelgewerbe fand eine Anzahl von Neueinstellungen, namentlich von weiblichen Arbeitskräften, in GutsMuths-Geleisen und Konjunktionsbetrieben statt.

Das Bekleidungs-gewerbe ist zurzeit ebenfalls noch gut beschäftigt. Nachfrage nach gelerntem Schuhmachern über-steigt das Angebot.

Im Baugewerbe besteht weiterhin Mangel an Maurern und Zimmerleuten.

Unangenehm gehalten sich die Arbeitsmarktlage im Gast-wirtsgewerbe, wo durch den Zusammenstoß eine Anzahl von Arbeitskräften heilungslos geworden ist.

Im ober-schlesischen Abbaumungsgebiet hat die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vorwoche eine geringe Besserung erfahren, die insbesondere in den Bezirken Königs-hütte und Oppeln in die Erscheinung trat. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war am größten für ungeschulte Schnurbeiter und häusliche Dienste (Ginbenburg, Deutzen, Kattowitz), sowie für die Steinindustrie, das Bau- und Holzgewerbe (Kattowitz, Oppeln), geringer für den Bergbau (Kattowitz, Kattowitz) und insbesondere für die Landwirtschaft (Kattowitz, Pisch). Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist die rege Nachfrage nach brandbarem handpersonal bestanden geblieben.

Die Porzellanarbeiter zum Kampf bereit.

Zu ersten Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern ist es in der Porzellanindustrie gekommen. Schon vor fünf Wochen fanden Verhandlungen zwischen der Or-ganisation der Arbeitgeber und den Organisationen der Arbeit-snehmer statt. Von Arbeitseigenen wurde verlangt man damals, die Forderungen der Arbeiterschaft als unge-nügsfähige anzusehen, da 1. das Lohnabkommen noch bis 30. September gültig sei, und 2. da eine merkliche Lohnerhöhung gar nicht eingetreten sei. Schließlich fanden doch noch Verhandlungen statt. Die Unternehmer erklärten sich bereit, 3 Prozent für Arbeiter und 10 Prozent für Zeitlohnarbeiter auf die herbeiziehenden Verbände als Vor-schlag für die evtl. ab 1. Oktober zu bewilligenden höhe-